

Correspondenz

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,

Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis

vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 5. April 1902.

№ 40.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Unser diesmaliger, den Monat Februar und die erste Hälfte des März umfassender Rückblick möge mit einer kurzen Betrachtung des Arbeitsmarktes eingeleitet sein. Es heißt, der Februar habe zum ersten Male seit Bestehen der gegenwärtigen Krise eine leise Besserung wahrnehmen lassen, an den öffentlichen Arbeitsnachweisen ist auch in der Tat die Zahl der Bewerber von 220,2 im Januar auf 208,3 für 100 offene Stellen zurückgegangen und bei den Krankenkassen hat sogar die Zahl der Beschäftigten um 6 pro Tausend zugenommen. So erfreulich und wünschenswert nun eine Besserung der wirtschaftlichen Lage wäre, so bleibt doch sehr zu bedenken, daß alljährlich mit dem beginnenden Frühling das geschäftliche Leben einen Aufschwung erfährt, man es also auch mit diesem anscheinend günstigen Symptome nur mit einer bestimmten periodischen Erscheinung zu tun haben wird, an welche weitergehende Hoffnungen zu knüpfen zum mindesten überflüssig wäre. In der heftigen Abgeordnetenversammlung wurden am 4. März gelegentlich der Erörterungen diverser sozialpolitischer Fragen wieder äußerst anerkenntniswerte Worte gesprochen. So wurde gefordert, bei Vergebung staatlicher Arbeiten die Arbeitsbedingungen in den Verträgen festzulegen, um der Ausbeutung entgegenzuwirken, das Mißtrauen gegen Arbeiterorganisationen bedauern und schließlich noch die Regelung der Heimarbeit verlangt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich konnte sich den Ausführungen seines Zentrumsvorsprechers im großen und ganzen anschließen, worauf der Regierungsvertreter die Billigkeit der erhobenen Forderungen wie auch die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit anerkannte und der Tätigkeit der organisierten Arbeiterschaft alle Förderung wünschte. Man weiß, daß in Hessen von Regierungseite nicht bloß schöne Reden gehalten werden, sondern daß dort Theorie und Praxis innig zusammenhängen. Im übrigen Deutschland — Württemberg noch ausgenommen — verspürt man allerdings nichts von einer derartigen Einsicht.

Am 12. Februar 1901 rief der Verfasser der Parteivorstands-Broschüre gegen die Buchdrucker: „Fort mit der Sonderbindelei! . . . Die Absonderung kleiner Gruppen, die Aufrechterhaltung kleiner, widerstandsunfähiger Lokalorganisationen, sind Krebsgeschwüre in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die je eher je lieber aus der Welt geschafft werden sollten.“ Am 9. Februar 1902 hingegen nimmt sich der nämliche Verfasser diejenigen Parteiblätter aufs Korn, die die Wahl der Hamburger Neuesten Nachrichten zum Vereinsorgane der zielbewußten Accordmaurer kritisiert hatten. Nach bedauernder Konstatierung der Tatsache, daß diesen Braven laut Beschluß der Preßkommission das Echo vollständig verschlossen bleiben soll, heißt es dann in anklagendem Tone: „Es wurde schon in Lübeck darauf hingewiesen, daß ein gleich rigoroses Vorgehen gegen gewerkschaftliche Sonderorganisationen an anderen Orten — speziell in Berlin — zu ganz unhaltbaren Zuständen führen würde.“ Das war natürlich Balsam für die im vorigen Jahre über das parteivorstandliche AnatHEMA bis zur Siebeshöhe erregten Sonderbündler und voller Dankbarkeit schrieb denn auch Herr Kehler alsbald folgende Quittung: „Welche heuchlerische Bosheit dem Geheule einzelner Parteiblatteer zu Grunde liegt, wenn sie darüber schimpfen, daß diese oder jene Sonderorganisation sich gezwungen sieht, sich an ein sich nicht sozialdemokratisch nennendes Blatt anzuschließen, um sich nicht von den Pfaffen der Verbändlerei wehrlos beschimpfen und verleumben zu lassen, hat das Schreiben aus dem Parteibüreau hier genügend gekennzeichnet, als daß wir dem noch etwas hinzuzufügen brauchten.“ Da mache sich nun einer einen Vers drauf!

Auch für uns Buchdrucker gilt das eingangs dieser Ueberschrift Gesagte; auch bei uns hat der Geschäftsgang unfreutig eine Aufbesserung erfahren. Aber wie lange? Stuttgart meldet schon wieder Abflauen. Die Belebung wird zwar etwas länger anhalten als die Besserung im allgemeinen, für den Sommer jedoch haben wir die gleichen Befürchtungen wie im vorigen Jahre. — In der Gewerkschaftspresse erwecken die Berichte über die Februarabstimmungen des Tarif-Ausschusses mehrfach den Anschein, als seien durch die in derselben vorgenommenen neuerlichen Lokalausschlagsfestsetzungen die Errungenschaften der

Tarifrevision so ziemlich wieder verloren gegangen. Dem ist jedoch nicht so. Zunächst blieb die 7 1/2 prozentige allgemeine Lohnerhöhung ungeändert bestehen und von den vorstehenden 142 Lokalausschlägen erfuhren im ganzen 20 eine Kürzung. — Bei der weitem Tarifeinführung kommen wohl immer wieder wirkliche Konflikte vor — in der Berichtszeit verzeichnen wir fünf — doch bleiben die Erwartungen hinsichtlich ihrer Häufigkeit erfreulicherweise unerfüllt. — Das Hauptinteresse hat sich daher der näher kommenden Generalversammlung unserer Organisation mehr und mehr zugewandt. Bunt schwirren die Ansichten, Anträge und Ideen durch einander, daß wir im vorigen Jahre mit Defizit arbeiteten, schien den für den Ausbau unsers Verbandes so eifrig bedachten Kollegen oftmals nicht im geringsten bekannt zu sein. — Vor der Berliner Gewerkschaftskommission hatten am vorletzten Tage des Februar unsere beiden Delegierten, die Kollegen Döblin und Massini, Rede und Antwort zu stehen über die Tarifrevision der Buchdrucker oder richtiger über das Posadowsky-Telegramm, denn nach dem Referate Massinis traten die eigentlichen Erfolge unsrer Tarifbewegung fast gänzlich ungewirbt in den Hintergrund und die übliche Buchdruckerdebatte trat in ihre Rechte. Selbstverständlich bekam auch der Corr. sein „bescheiden“ Teil des allgemeinen Lobes! — Der Gutenberg-Bund, dessen Zuneigung für Tarif-Amt und -Ausschuss und last not least für den Verband bekannt ist, sieht die Hauptrolle seiner Lieben merklich sich verringern, die Pflicht in den Verband wird immer größer und, was besonders bezeichnend, unter den sich Rettenden befinden sich auch mehrfach Ortsvorsitzende usw. Ein Trost in dieser Zeit der Trübsal ist dem Bunde sicherlich der Besitz des gottbegnadeten Schriftleiters, dem die Gabe verliehen, alles von der rosen Seite aus zu beaugapfen. Daß bereits über 300 Mitglieder sich dem Bunde abgewandt, bezeichnet er als ein wahres Glück für denselben und wünscht noch weitem Abfall. Desgleichen sieht er überall die Bündler für den Tarif gemüßigt kämpfen, indes die Verbändler ruhig zusehen. Daß in Wirklichkeit unsere Mitglieder ihre Stellungen in die Schanzen schlagen, die Bündler aber aufatmend stehen bleiben und zum Erjabe ein benachbarter Ortsverein schmeunigt als Eigentum angestellt kommt, ist freilich ein unumstößlicher Beweis, wie fest die Bündler — auf dem Boden des Tarifes stehen.

Im Allgemeinen deutschen Gärtnervereine wurde die Gewerkschaftsfrage, d. h. die Diskussion über einen eventuellen Anschluß an die freien Gewerkschaften mit einem schriftl. Accord beantragt. Der Geschäftsführer Behrens geht in seinem Tabula rasa betitelten Schlusssatzartikel zu weit, wenn er die der Aufforderung der Redaktion zur Meinungsäußerung entsprechenden Mitgliederkreise für so ziemlich alles verantwortlich macht, was hier und da dem Allgemeinen Gärtnervereine Unangenehmes geschähe. Wenn Behrens schreibt: „Das halbe Jahr Gewerkschaftsdebatte hat den Allgemeinen deutschen Gärtnerverein um reichlich drei Jahre zurückgeworfen“ und dem „Gewerkschaftsgequatsche“ die Zerrüttung einer sehr großen Anzahl von Zweigvereinen und die Heraussetzung von alten und bewährten Kollegen zuschreibt, so ist dies ein hinlänglicher Beweis, daß die Mitglieder zur Diskussion einer derartigen Frage noch nicht im entferntesten gereift sind, für welches Uebersehen man allenfalls dem Redakteur Ulrich ein leises Tadel erteilen könnte. Sonst aber verdient er nur Anerkennung für Anschneidung dieser Frage und die Art und Weise ihrer Behandlung; daß er unterlegen, gereicht ihm nicht zur Uebere. Liebe Güte, wenn jede Organisation von der Diskussion weitgehender Zukunftsfragen gleich dem Kladderadatsch oder zum mindesten doch starke innere Krisen zu besorgen hätte, dann stünde es wahrlich schlimm um die Gewerkschaftsbewegung. Unse Organisation konnte selbst durch die fanatische Bekämpfung einer immerhin maßgebenden Person wie Gash und seines direkten wie noch weit einflussreichern indirekten Anhangs in ihrem Vorwärtsschreiten nicht gehemmt werden und das, was im Corr. alles unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung abgeladen wurde, sucht wohl seinesgleichen, brachte es trotzdem aber nur zu einem Kräufern der Oberfläche.

Der Bergarbeiterverband macht im neuen Jahre in Mitteleuropa und dem königlich-sächsischen — den Bezirken vorjähriger Rückschläge — wieder Fortschritte;

bis zum 7. März lagen dem mitteldeutschen Zweigbüreau bereits 700 Anmeldungen vor.

Der nach dem Vertrauensmännersysteme organisierte Steinarbeiterverband konnte im verfloßenen Jahre die Zahl seiner Verwaltungenstellen von 177 auf 180 erhöhen. Ueber den Mitgliederbestand können keine bestimmten Angaben gemacht werden — im Jahre 1900 10000 — was eine Folge der verkehrten Organisationsform ist. An Einnahmen werden 130151,20 Mk. (1901 130604,83 Mk.), an Ausgaben 129390,27 Mk. (97806,16 Mk.) aufgeführt, wovon auf Streits 64229,19 Mk. (40330 Mk.), auf die Reise-Unterstützung 14966,85 Mk. (1710 Mk.) entfallen. Am 15. Januar 1901 waren von 8028 an der Zählung beteiligten Steinarbeitern 3100 arbeitslos, was hauptsächlich wohl dem ungünstigen Zeitpunkte der Erhebung zuzuschreiben ist.

Die Arbeitslosenstatistik der Töpfer gibt für den Februar 1742 Ofenseher (gegen Januar mehr 206), 26 Werkstabenarbeiter (weniger 12) und 4 Scheibentöpfer (weniger 1) an. — Die Werkstabenarbeiter gehen anscheinend nach einem bestimmten Plane mit der Gründung von Tarifkommissionen für größere Gebiete vor. Die Provinz Brandenburg und das königlich-sächsischen sind auf kürzlich abgehaltenen Konferenzen bereits mit solchen bedacht worden. Der in Weissen mit anwesende Hauptvorsitzende Drunsel bezeichnete die Schaffung von Tarifen für bestimmte Bezirke als Vorläufer eines früher oder später einzuführenden Einheitstarifes. Von einer Seite wurde sehr lebhaft für die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise eingetreten, die das viele Unfragen sehr verhindern würden.

Der Porzellanarbeiterverband hatte im zweiten Halbjahre 1901 durchschnittlich 205 arbeitslose Mitglieder pro Tag, was einem Prozentverhältnisse von 2,46 Proz. entspricht. 42837,36 Mk. waren daher zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit am Orte und auf der Reise erforderlich.

Unter den organisierten Metallarbeitern befinden sich bekanntlich nicht wenige Wegner einer vernunftgemäßen gewerkschaftlichen Ordnung, namentlich haben es denselben die von verschiedenen Gewerkschaften seit Jahren in den Tageszeitungen erlassenen. Warnungen angetan, die den Eltern usw. von Knaben jedenfalls immer willkommene Fingerzeige waren, sich und ihre Pflegebefohlenen vor Schaden zu bewahren. Wie notwendig derartige „künstliche Abperrungen“ bisweilen sind, zeigte die Metallarbeiter-Zeitung kürzlich wieder an zwei Beispielen; so beschäftigt die Firma Fötter in Gassen (Kreis Sorau) — wie wir annehmen eine Maschinenfabrik — 238 gelernte erwachsene, 123 ungelernete erwachsene Arbeiter und 126 Lehrlinge. In Landsberg a. d. W. gibt es 19 Schloffereien mit 20 Gesellen und 142 Lehrlingen; einer von diesen biedereren Handwerksmeistern beschäftigt bei 25 Lehrlingen nicht einen einzigen Gesellen. Es lebe also die Anarchie!

Der Zentralverband der Schmiebe entfaltete im vergangenen Jahre eine äußerst rege Agitation, die sich in ihren Hauptzügen auf 153 Orte erstreckte. Wenn trotzdem am Jahreschlusse der Mitgliederstand gegen 1900 von 6008 nur auf 6675 sich erhöhte, so läßt dieses auf eine bedeutende Fluktuation schließen, die in dem Abgange von 3589 Mitgliedern denn auch ihren Ausdruck findet; von 1000 Neueintretenden verblieben tatsächlich nur 230. Die Ausgaben für Streits gingen von 1907 auf 7359,71 Mark zurück, dagegen beanspruchte die Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung erhebliche Mehrausgaben, nämlich 17592,82 gegen 6592,16 Mk. im Jahre 1900. Das Gesamtvermögen der Organisation erhöhte sich von 19130,75 auf 21649,44 Mk.

Die Berliner Holzarbeiter erheben seit Mitte März einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche, da ein Kampf mit den Unternehmern als fast unvermeidlich gilt. Die Holzarbeiter sind sich einig in der Zurückweisung der Entlassungsscheine und der Ignorierung des Unternehmer-Arbeitsnachweises; sie verlangen hinsichtlich der letzteren eine gemeinsame Verwaltung oder mit anderen Worten den paritätischen Arbeitsnachweis. — Zum 1. Mai haben die Unternehmer ihren Kriegsplan auch schon fertig in der Tasche, sie hoffen nämlich dann mit ihres Entlassungsscheinen ganz bedeutende Geschäfte zu machen. Das Correspondenzblatt ist aber der Ansicht, die Berliner Holzarbeiter würden anfänglich der Maßfeier den Herren nicht zu willfährigem Personale verhelfen.

Der Zentralverein der Konditoren brachte es im letzten Jahre von 786 auf 814 Mitglieder, trotzdem 409 Austritte stattgefunden. Die Einnahmen stiegen von 10724,24 auf 13732,64 Mk., die Ausgaben von 6271,66 auf 12585,35 Mk. Die Arbeitslosen-Unterstützung erforderte 3582,50 gegen 1753 Mk., andere größere Posten waren jedoch nicht zu entdecken in der Abrechnung, die Streik-Unterstützung fehlte sogar gänzlich. Der Kassenbestand Ende 1901 mit 7477,80 Mk. weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1129,76 Mk. auf.

Der Jahresbericht des Verbandes der Bäcker enthält keine Angaben über die Mitgliederbewegung, auch die Errichtung von 16 neuen und die Auflösung von ebenfalls bestehenden Mitgliedschaften gibt darüber keinen Anhalt. Vereinnahmt wurden 54071,64 Mk. und ausgegeben 49565,06 Mk.: die betreffenden Ziffern von 1900 waren 49566,85 und 45539,19 Mk., so daß der Kassenbestand der Hauptverwaltung also eine Erhöhung von 3329,15 auf 6179,94 Mk. erfuhr.

Der von den Schneidern für Aufrechterhaltung des alten unveränderten Tarifes in München geführte Kampf hatte bereits Anfang März 300 Arbeiter auf die schwarze Liste gebracht. — Aus Leipzig ertönen ganz klägliche Trauerlieder über gepfeiferte Lohnreduktionen. Seitdem Herr Seeger die Journalistenlaufbahn mit so ausgeprägtem Erfolge wandelt, geht eben Stück für Stück „feiner“ vormaligen Erwerbschaften stößen.

Der Hand Schuhmacherverband sieht sich wegen überhandnehmender Arbeitslosigkeit im Bereiche gezwungen, vor Zuzug nach Deutschland zu warnen und die Unterstützung für aus dem Auslande zureisende Arbeitslose zu sperren.

Der Zimmererverband hat am 31. Januar d. J. unter seinen Mitgliedern Erhebungen über die vorhandene Arbeitslosigkeit vorgenommen, gegen vor zwei Jahren beteiligten sich über 800 Mitglieder mehr an diesen wichtigen Feststellungen. Direkt arbeitslos waren danach 4520 = 20,93 Proz. der Mitglieder (1900 2703 = 21,68 Proz.), wegen Witterungseinfluß 200 = 0,97 Proz. (221 = 1,77 Proz.).

Die Steinfeiler haben in Berlin ihren bisherigen Tarif doch noch auf ein weiteres Jahr verlängern können. In Leipzig ist die Festlegung auf zwei Jahre erfolgt, nachdem der Stundenlohn um 3 Pf. reduziert und eine halbe Stunde Sonnabends vom Lohne in Abzug gebracht war. Die vom Verbandstage gerigte, für Leipzig geradezu typische Zersplitterung wird ja hierbei ihre Früchte gezeitigt haben. Am besten ist Hamburg gefahren; erreicht wurde statt der neunstündigen die 9½stündige Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. Der Tarifvertrag gilt auf die Dauer von drei Jahren. — Der vom Steinfeilerverband inszenierte Protest gegen den Pflastersteinsoll hat bereits 4554 Unterschriften in 321 Orten gefunden, die erste Senbung ist an den Reichstag abgegangen. Zu den Unterzeichnern gehören Arbeiter und Arbeitgeber dieses Gewerbes, Techniker und Ingenieure und sonstige Interessierte; die zu spät aufgestandenen Führer der Zunungen machen allerdings in komischer Entrüstung. An vielen Orten haben auch schon Protestversammlungen der Arbeitnehmer gegen den neuen Soll stattgefunden.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter richtete Mitte März an das Reichsversicherungsamt das Ersuchen, die von der Bezirkspolizei in Berlin getroffenen Anordnungen betreffend feste Kutscherte und sicher wirkende Bremsen wortgetreu in die Unfallversicherungsbestimmungen der in Betracht kommenden Berufsvereinigungen aufzunehmen. Der Vorstand der Sektion 4 der Fuhrwerksgenossenschaft macht nämlich verzweifelte Versuche, das Inkrafttreten dieser Verordnungen hinauszuschleppen.

Der Werkarbeiterverband verlor im vergangenen Jahre 274 Mitglieder, am Schlusse von 1901 waren noch 3568 vorhanden. Der Kassenbestand in der Hauptverwaltung erhöhte sich von 11737,01 auf 24742,30 Mk., das Gesamtvermögen beträgt 39796,71 Mk.

In dem Jahresberichte des Semmannsverbandes wird auch über zunehmende Arbeitslosigkeit — speziell im letzten Vierteljahre — geklagt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar d. J. 7809 gegen 8220 zur gleichen Zeit 1901, der sich auf 3000 belaufende Quartalsdurchschnitt der wirklich Zahlenden hat sich jedoch gegen 1900 um 121 gehoben. Die gesamten Einnahmen erreichten die Höhe von 40120,34 Mk. (36646,83 Mk.), die Ausgaben 34265,30 Mk. (28312,08 Mk.) und das Organisationsvermögen stieg von 30811,41 auf 46191 Mk. Von den Beitrittsgeldern und den Beiträgen verblieben den Filialen 50 Proz. Unter Streikunterstützung sind 155 Mk. aufgeführt, welche für den mit nur teilweisem Erfolge beendeten Danziger Konflikt verausgabt wurden. Im allgemeinen verlief das Jahr infolge des Bestehens von Arbeitsverträgen in dieser Beziehung ruhig. Der Bericht konstatiert mit Genugtuung die beiderseitige Respektierung der Abmachungen und läßt sich hinsichtlich der zukünftigen Wünsche und Pläne der Organisation also vernahmen: „In aller nächster Zeit muß die Entscheidung darüber fallen, ob die Wieder den Gang der friedlichen Unterhandlung und Verkündung mit der Organisation dem des offenen Kampfes mit einer zügellosen Waise den Vorrang einräumen wollen. Man hat kein Recht mehr, die Organisation als den Keim alles Unfriedens zu bezeichnen. Sie ist die vermittelnde Kraft, in und durch die wird der korporative Abschluß über bestimmte differierende Fragen ermöglicht, der doch ohne Zweifel der individuellen Entscheidung der Vorrang

einzuräumen ist.“ Der korporative Arbeitsvertrag, die Tarifgemeinschaften, finden also immer mehr Boden bei der Arbeiterschaft, die mit denselben seit Frankfurt bis Stuttgart erzielten Fortschritte geben unsrer Taktik wahrhaft glänzende Genugtuung.

Die Gastwirtsgehilfen in einigen größeren Orten haben die bis zum Inkrafttreten der sie betreffenden Bundesratsverordnung (1. April 1902) verbleibende Zeit nach Kräften ausgenützt, durch Eingaben an die zuständigen Polizeibehörden für sich etwas herauszuschlagen; gefordert wird allenthalben eine neunstündige ununterbrochene Ruhepause. — Der Verein Münchener Kellnerinnen beschloß außerdem eine Eingabe an den Landtag, worin ein festes Gehalt für die Kellnerinnen des Hofbrauhauses gefordert wird. Da sich die meisten Restaurants nach den Gepflogenheiten besagter königlicher Schankkaffee richten, so erscheint der eingeschlagene Weg mit Rücksicht auf die unerhörten Zumutungen an die Kellnerinnen nur gerechtfertigt. In den meisten besseren Restaurants muß nämlich die Kellnerin, die in den seltensten Fällen Lohn bekommt, das Bier- oder Wassermädchen, die Suppenträgerin und die Puzerin entlohnend und dazu noch Straf- und Bruchgelder usw. entrichten, so daß die armen Mädchen sich auf ebrliche Weise ihr Brot kaum mehr verdienen können. In vielen dieser Restaurants muß dann die Kellnerin nicht nur ihr eigenes Essen, sondern auch noch die volle Beköstigung für das Mädchen bestreiten. — Die in den Gewerkschaftshäusern angestellten Gastwirtsgehilfen führen Klage, daß den minimalen Forderungen des ersten Frankfurtergesetzes in diesen Betrieben fast gar nicht Rechnung getragen wird.

Der Zentralrat der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine hat am 15. Februar d. J. abermals eine Arbeitslosenabfrage in den angeschlossenen Ortsvereinen vorgenommen und hiermit das Resultat derjenigen vom 15. November v. J. in Vergleich gestellt. In dieser Abfrage beteiligten sich diesmal 66951 (64722) Mitglieder, von denen 2140 (1108) arbeitslos waren, also 3,1 (1,7) Proz.; die Arbeitslosigkeit des Einzelnen betrug 46 (44) Tage. Der Effekt dieser Abfrage wäre also die Konstatierung einer gegen den November verdoppelten Arbeitslosigkeit. Den Ortsvereinen ist die Förderung der Frauen- und Mädchenorganisation dringend empfohlen worden. In Berlin hat bereits am 10. März eine derartige Agitationsversammlung stattgefunden.

Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband trägt sich mit dem Gedanken der Errichtung eines eignen Verbandshauses in Hamburg, in dessen Räumlichkeiten auch die Druckerei der Handelswacht Unterkunft finden soll. Diese erst 1896 gegründete kaufmännische Vereinigung zeigt überhaupt eine selten schnelle Entwicklung, zählt sie doch bereits 45744 Mitglieder in 686 Ortsgruppen. Der Voranschlag für 1902 bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 454000 Mk. und das Gesamtvermögen Ende 1901 bezifferte sich auf 161879,80 Mk. Wenn nun bis 1904 noch das Verbandshaus fertig gestellt sein soll, so will das jedenfalls etwas besagen. Die sehr ruhige Verbandsleitung würde sich ein weiteres Verdienst erwerben, wenn sie die in Eingaben an Behörden und kaufmännische Korporationen sehr eifrigen Gausleitungen an die Druckdrachen, regelmäßigen Mitteilungen usw. nur in tariftreuen Druckereien herstellen zu lassen, als solche gelten bekanntlich nur Firmen, die den Buchdruckertarif schriftlich anerkannt haben und ihn auch wirklich einhalten.

Der christliche Textilarbeiterverband verlor im vergangenen Jahre eine beträchtliche Anzahl Mitglieder, im Bezirk Krefeld allein 2000; am Schlusse des Jahres waren 13273 Mitglieder vorhanden. Wie bekannt sind die Unternehmer keineswegs gut auf diese Organisation zu sprechen, weshalb sie auch fortwährend Konflikte auszufechten hat.

In Holland haben die Diamantarbeiter in Amsterdam und die Textilarbeiter in Enschede noch immer schwer zu kämpfen, es dürfte sogar nach der zum 15. März festgesetzten Schließung der Diamantfabriken eine Verschärfung eintreten, so daß 7000 Diamantarbeiter und 2000 Weber zu unterstützen wären, wozu natürlich internationale Hilfe nötig ist. In der Nummer vom 22. März des Berliner Vorwärts erschien auch schon ein bezüglicher Aufruf.

Der deutsche Name ist in Schweden bei dem Bäckereifreik in Göteborg leider wieder besudelt worden. Besonders schlimm dabei ist, daß die 60 Streikbrecher fast ausschließlich in Berlin zusammengebracht werden konnten.

In englischen Parlament hat sich in der ersten Märzhälfte ein arger Skandal zugetragen. In den englischen Bergwerken beträgt die Arbeitszeit für die Erwachsenden zum größten Teile nur 7 Stunden, die jugendlichen Arbeiter werden jedoch noch immer 9, 10 und mehr Stunden beschäftigt. Ein Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht für die jugendlichen Arbeiter fand im Unterhause seitens der Arbeitervertreter kräftige Befürwortung, insofern die Vergarbeiterdelegierten von Northumberland und Durham mit allem rhetorischen Aufwande gegen die Vorlage eiferten, die dann auch in zweiter Lesung abgelehnt wurde. Seit dem Jahre 1800 hat sich das englische Parlament 53 mal mit der Kinderarbeit in den Bergwerken beschäftigt und noch immer können Kinder schon von 13 Jahren an von den Grubenknägen ausgebeutet werden. — Dieser Vorgang ist im höchsten Grade beklagenswert und rückt die Schattenseiten der englischen Gewerkschaftsbewegung wieder in den Vordergrund der Kritik. Eine Londoner Zeitschrift des Berliner Vorwärts bezeichnete den Vorfalle als „das Werk der Dummheit, des bornierten neutralen Gewerkschaftswesens.“ Wir unsrer-

seits bewerten die Haltung der gekennzeichneten Bergarbeitervertreter wohl im höchsten Maße als egoistisch, dumm und direkt arbeiterschädlich, eine wirkliche Neutralitätspolitik kann hierfür aber niemals verantwortlich gemacht werden.

In der Thüringer Spielwarenindustrie wird die Errichtung einer Papiermaschinendrucker-Genossenschaft geplant. Es sollen für gewisse Arbeiten gemeinsame Betriebsstätten geschaffen, namentlich das Trocknen in denselben vorgenommen werden. Die Regierungen von Meiningen und Koburg haben Kredit in Aussicht gestellt.

Die Breslauer Genossenschaftsbäckerei — eine Gründung der im vorjährigen Februar von dem dortigen Konsumvereine gemahregelten Bäcker — hat in den ersten zehn Monaten ihres Bestehens einen Umsatz von 65271,74 Mark erzielt, der Reingewinn beziffert sich auf 1510,24 Mark. Beschäftigt waren außer zwei Vorstandsmitgliedern 7 Bäcker und 3 Kutscher, deren Löhne zwischen 20 und 23 Mk. differierten. Die Arbeitszeit ist zwölfstündig und alle 14 Tage wird ein freier Tag gewährt.

Die vor etwa zwei Jahren in Bern gegründete sozialistische Genossenschaft Vorwärts hat liquidiert infolge gar zu mangelnder Geschäftes- und Buchführung. Eine große Anzahl von Arbeitervereinen und Gewerkschaften haben das Nachsehen hinter ihre Einlagen.

Die schottische Großverkaufsgesellschaft hat im zweiten Halbjahre 1901 ihren Umsatz um 81492 Pfd. Sterling steigen können, für das ganze Jahr beträgt die Umsatzvermehrung 237112 Pfd. Sterling, der Reingewinn 231686 Pfd. Für Wohlfahrtsanstaltungen wurden Beträge von 5 bis 500 Pfd. Sterl. ausgeworfen, ferner sollen mit der englischen Großverkaufsgesellschaft zusammen eine oder mehrere Theatralanlagen in Seylon angekauft sowie die Anlage zweier elektrischer Kraftstationen in Schottland erworben werden.

In Petersburg hat sich kürzlich eine Großverkaufsgesellschaft der russischen Konsumvereine nach englischem Muster gebildet.

Korrespondenzen.

K. Barmen. „Die Lieb' sie soll und wird nicht weichen, zu dem Verband wie auch zum Sang“, so betonten die Mitglieder des Gesangvereins Typographia in ihrem Festgucke anlässlich der vorjährigen Jubelfeier. Wenn nun auch nicht bei allen diese Liebe in letzterer Beziehung sich lange in der Praxis bewährt hat, so konnte doch im letzten Jahresberichte der Genugtuung Ausdruck gegeben werden, daß die Typographia über einen verhältnismäßig nennenswerten und guten Sängerkreis verfügt. Wünschenswert wäre es aber dennoch, daß die Zwecke und Ziele des Gesangvereins immer mehr bei den Verbands- resp. Ortsvereinsmitgliedern, insbesondere der stimmbegabten, Beachtung fänden; ist doch in ihr eine Pflegestätte der Kollegialität und Geselligkeit in vollstem Maße geboten. Auch im vorlesenen Berichtsjahre beschäftigte die Typographia ihre Solidarität den Kollegen — wie auch den Arbeitergesangvereinen gegenüber. Leider sah sie sich aber auch einmal in die Lage versetzt, teuren Entschlafenen den letzten Gruß über das Grab hinaus zu senden. Im laufenden Jahre wird der Gesangverein es an Veranstaltungen von größeren Festlichkeiten und Ausflügen nicht fehlen lassen; so wurde u. a. beschlossen, im Sommer einen Ausflug nach der Hochalpe bei Sferlohn zu unternehmen. Am 20. April arrangiert die Typographia einen humoristischen Nickerabend im Hotel Gegeßel, Unterbarman, unter Mitwirkung des Gesangvereins Gutenbergs-Eberfeld und des Jitzklubbs Oberweß. Da die schönen und genussreichen Stunden, welche der Gesangverein den Kollegen im vorigen Jahre anlässlich der Jubelfeier bereitet, noch in aller Erinnerung sei werden, so glaubt die Typographia einem zahlreichen Besuche nicht allein der Barmen, sondern auch der zum Bezirk gehörigen Kollegen entgegensehen zu dürfen.

Berlin. (Bericht der Versammlung vom 20. März.) Unter Vereinsmitteilungen erging die Aufforderung, bei den Wahlen der Druckereivertrauensleute möglichst ältere in den betreffenden Geschäften längere Zeit arbeitende Kollegen zu bestimmen und dieselben vor kleinlichen Schikanierungen zu bewahren, da dadurch, wie die Erfahrung lehrt, die Arbeitsfreudigkeit in diesem Amte getrübt wird und immer weniger Kollegen sich geneigt finden, einen solchen Posten anzunehmen. Von der Firma Scherl wurde berichtet, daß die in diesem Geschäft seit 1893 bestehende Einrichtung der Gewährung eines Zuschusses zum Krankengelde für alle Nichtverbandsmitglieder — als Zinsen der 91/92 geleisteten Dienste — namentlich aufgehoben worden ist, zum größten Leidwesen jener Kollegen, welchen dieses Benefizium angenehmer schien als die durch Zugehörigkeit zu einer Organisation erworbene Beteiligung zu einer Unterstützung. — Weiter gab die Versammlung ihre Einwilligung dazu, 50000 Mk. bei der in Berlin zu errichtenden Parteidruckerei zinstragend anzulegen. — Es folgte die Beratung der Anträge, welche seitens der hiesigen Maschinenfeger-Vereinigung zur Generalversammlung gestellt waren. Dieselben verlangen das Abhängigmachen der Lehrlinge an den Maschinen, wenn die Unterstützung bezogen werden, von gewissen Bedingungen, die von den Fabriken zu erfüllen wären und weiter Sitz und Stimme für einen Maschinenfeger im Tarif-Ausschusse. Kollege Massin i führte dazu aus, daß es notwendig sei, die Segmaschinenfrage durch geeignete Vorberatung für die Generalversammlung spruchreif zu machen, damit

eine Diskussion über diese Anträge stattfinden könne, trotzdem dieselben an sich zur Zeit unrealisierbar seien. Namentlich müßte die Stellung der Antragsteller (als Sachorganisations) innerhalb des Verbandes selbst klar gestellt werden, da sich hier Bestrebungen bemerkbar machten, die, wenn sie nicht rechtzeitig beeinflusst werden, zu unangenehmen Konsequenzen führen könnten: es sei hier zu nennen das Verlangen der festen Vereinigung der Maschinenfabrikvereine unter sich, wie z. B. für ganz Bayern eine Organisation angestrebt wird, das Hineinmischen der Vorstände dieser Fachvereine in Angelegenheiten, die nur durch die Funktionäre des Verbandes erledigt werden können und dergl. Wenn hier nun ein Veto eingelegt und die Generalversammlung geeignete Maßnahmen ergreifen wird, so könne man sich dem nicht verschließen, daß eine gewisse Berechtigung dieser Spezialkollegen vorhanden ist, in der Körperschaft vertreten zu sein, die über die Arbeitsbedingungen in unserm Berufe beschließt und das je der Tarif-Ausschuß. Selbstverständlich gehört dazu aber, nicht nur Maschinenfabrik zu sein, sondern die Interessen der Allgemeinheit vertreten zu können. Redner gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß, um mit den Verhältnissen bei der augenblicklichen Zusammenfassung des Ausschusses, was die Zahl anbetrifft, zurecht zu kommen, und doch die Vertretung der Maschinenfabrik zu ermöglichen, angeregt werden könnte, daß ein Funktionär des Verbandes nicht Mitglied des Tarif-Ausschusses sein darf. Wenn diese Frage auch noch der respektiven Beratung bedarf, so müßte die Generalversammlung unter allen Umständen die Stellung der Spezialorganisationen innerhalb des Verbandes klar stellen und es empfahl Redner die Berücksichtigung der Anträge im allgemeinen als Material für die Delegierten. — In der Diskussion wandte sich Kollege Mussial als Maschinenfabrik in besonderem gegen die angelegliche Annoschitz der Handwerkerkollegen gegen die Maschinenfabrik, welche letztere als Mitglieder zweiter Klasse zu betrachten scheinen, während Maschinenfabrik-Kollege Fetz die gestellten Anträge für zu weitgehend hielt und die Behauptung des einzelnen für die Interessen des Verbandes, nicht der Spezialorganisationen, als die erste Aufgabe bezeichnet. Nachdem Kollege Mussial es noch als für notwendig ausgesprochen hatte, einmal gegen die Neklame der Fabriken Front zu machen, die mit Arbeitsleistungen operieren, welche in ihrer Uebertreibung ein gesundes Arbeitsverhältnis auf Grundlage unsers Tarifes sehr erschweren, wurden die Anträge als Material für die Delegierten genehmigt. Die Abrechnung vom Maskenballe ergab einen Ueberschuß von 158 Mk. — An Personalveränderungen war der Tod der Kollegen Seper Wilh. Kase und Franz Bahz zu melden.

H. Berlin. Versammlung des Maschinenfabrikvereins vom 23. März. Die Versammlung beschloß, den konditionslosen Mitgliedern zu jeder Versammlung ein Bezugsrecht in Höhe von 1 Mk. zu gewähren. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Mussial und Christel (als Ersatzmann Kollege Wrobl) aufgestellt und hofft die Versammlung auf die Unterstützung derselben seitens der Berliner Kollegenchaft. — Die vom Kassierer gegebene Abrechnung für das Quartal Januar bis März 1902 ergab ein erfreuliches Bild unserer Kassenverhältnisse; der Kassierer wurde entlastet. Eine kurze Debatte zeitigte noch das Zirkular des Deutschen Buchdruckervereins und wurde nach Schluß derselben die Angelegenheit für vorläufig erledigt erklärt.

Breslau. Der hiesige Ortsverein hielt am 23. März in der Neuen Börse seine diesjährige Ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Invaliden B. Scholz und E. Peiler durch Erheben von ihren Plätzen. Hierauf gab, nachdem noch drei Kollegen in den Verband aufgenommen worden, der Vorsitzende über den Geschäftsgang in abgelaufenen Jahre einen allgemeinen Uebersicht, der allerdings nur kurz war, da ja den Mitgliedern der Jahresbericht gedruckt zugegangen ist. Nur auf den Kassenabluß glaubte der Vorsitzende hinweisen zu müssen, da derselbe mit einem Defizit von fast 2000 Mk. abschließe, das zum größten Teile durch die enorm gestiegenen Ausgaben bei der Invaliden-Unterstützung entstanden sei. Der für diesen Zweig der Unterstützung seiner Zeit gerechnete Beitrag von 20 Pf. reiche bei weitem nicht aus und werde es so auf die Dauer nicht weiter gehen können, da ja doch die Zahl der Invaliden immer größer werde. Auch die Ausgaben für den Arbeitslosen-Unterstützungs-Zuschuß seien ganz bedeutend angewachsen (von etwa 1700 auf über 4500 Mk.), doch reiche hierzu der dafür gerechnete Beitrag von 20 Pf. wöchentlich noch aus. Man müsse doch hoffen, daß sich die Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtern werden, wenn auch die Aussichten auf eine baldige nachhaltige Verbesserung, in Rücksicht auf die Segnalmaschinen-Einführungen, die besten nicht seien. Aus alledem, was die Kassen bisher geleistet und was noch in Aussicht genommen sei, könnten die Kollegen aber erkennen, daß sie nur in der Organisation ihren Nützlich finden und indem er sie zu regem Versammlungsbesuche und fleißiger Mitarbeit aufzuforderte, schloß er mit einem brausend erwiderten Hoch auf den Verband seine Ausführungen. Als dann wurde, da Einwendungen gegen den Kassenbericht nicht gemacht wurden, dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Nach Festsetzung der Remunerationen wurde zur Vorstandswahl geschritten. (Siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 32.) Dem aus Gesundheitsrücksichten nach dem Amte schiedenden bisherigen Kassierer P. Schmidt drückte die Versammlung für seine

langjährige gewissenhafte Führung der Kassengeschäfte ihren Dank durch Erheben von den Plätzen aus. Die bisherigen Kassenrevisoren wurden einstimmig wiedergewählt, desgleichen der Revisorverwalter Nordorff. Hierauf kam der Antrag des Vorstandes zur Debatte: Diejenigen ausgetretenen Kollegen, die drei Jahre Mitglieder des Ortsvereins sind, erhalten 13 Wochen lang pro Woche 3,50 Mk. Unterstützung und wird zu diesem Zwecke ein Extrabeitrag von 10 Pf. 26 Wochen lang erhoben. Kollege Fiedler begründete den in Rücksicht auf die Notlage der ausgetretenen Kollegen eingebrachten Antrag mit dem Bemerkten, daß der Beitrag von 10 Pf. 26 Wochen lang erhoben zwar nicht ganz reichlich werde, daß wir aber beim Johannistage etwas sparen könnten, indem wir daselbe einfacher als bisher feiern. Kollege Steinbach war dafür, die Unterstützung auf 6 Mk. zu normieren und an diejenigen Kollegen zu zahlen, die an den Ort gebunden sind, den Beitrag aber auf 52 Wochen zu erheben. Kollege C. Schmidt sprach sich für eine Unterstützung von 7 Mk. und 52 Wochenbeiträge aus. Nach längerer eingehender Debatte, in der sich der größere Teil der Redner für die höhere Unterstützung erklärte, obwohl seitens des Vorstandes darauf hingewiesen worden, daß dadurch das Defizit noch erheblich größer werden würde, nahm die Versammlung den Antrag des Kollegen C. Schmidt an. Die Unterstützung beträgt also 7 Mk. wöchentlich; der Beitrag wurde demgemäß um 10 Pf. wöchentlich erhöht. Hierauf schloß der Vorsitzende die von etwa 350 Kollegen besuchte Versammlung. Die sich hieran anschließende Generalversammlung der Freiwilligen Krankenkasse bestimmte, nach Entlastung des Kassierers, wie jeter den Vorstand des Ortsvereins zur Führung der Kassengeschäfte.

M. Bezirk Dortmund. Am 23. März fand im Vereinslokale zu Dortmund eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, welche von 80 Kollegen besucht war und sich hauptsächlich mit den Anträgen des Bezirks zur Generalversammlung und zum Goutage beschäftigte. Nachdem einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt und der Kollege Louis Sigozzi einstimmig aufgenommen war, wurde zu Punkt 2, die bevorstehende Generalversammlung und die dazu vorliegenden Anträge, übergegangen. Hierzu hatte der Ortsverein Dortmund die untenstehenden Anträge, welche einstimmig, bezw. mit großer Mehrheit angenommen wurden, gestellt: 1. Antrag zu den Vorstandsbeschlüssen vom 29. Juli 1899, betreffend „e. Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige“: § 1. Das Recht auf vorgenannte Unterstützung wird erworben: 1. für Mitglieder, welche innerhalb eines Jahres nach beendigter Lehrszeit dem Verbandsbeitragen, nach geleisteten 200 Wochenbeiträgen; 2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt, nach geleisteten 350 Wochenbeiträgen; 3. wenn der Beitritt nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt, nach 500 geleisteten Wochenbeiträgen. Die Unterstützung beträgt 1 Mk. täglich. Mitglieder, welche invalidenbezugsberechtigt sind und mindestens 1000 Wochenbeiträge entrichtet haben, erhalten im Falle der Invalidität täglich 1,25 Mk. Fällt die Beendigung der Lehrszeit usw., wie in jetziger Form. 2. Die Generalversammlung möge die Bezirksvorstände ermächtigen, bei örtlichen Differenzen, unter gleichzeitiger Mitteilung an den Zentralvorstand, selbständig Maßnahmen treffen zu können. 3. Die Generalversammlung möge Stellung nehmen zur Gründung einer Pensionskasse der Verwaltungsbeamten des Verbandes. 4. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Zentralvorstandsbeschluß dahin abzuändern, „daß künftig bei Gewährung von Umzugskosten ein Unterschied zwischen freiwilligem und unfreiwilligem Konditionswechsel nicht mehr gemacht wird“. 5. Die Generalversammlung wolle beschließen, die nächste Generalversammlung im Gau Rheinland-Westfalen, wenn möglich in Dortmund, stattfinden zu lassen. Eine längere Debatte entspann sich über den folgenden noch eingegangenen Antrag: Bei den Orts-Unterstützungen zu § 1 als Abf. 3 einzufügen: „Solchen Mitgliedern, welche zu militärischen Übungen (Reserve- oder Landwehrübung) einberufen werden und zur Orts-Unterstützung berechtigt sind, ist die Konditionslosen-Unterstützung zu gewähren. Der Antrag wurde gegen acht Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, welcher besagt, daß Mitglieder, welche 35 Jahre ununterbrochen dem Verbandsbeitragen und 1500 Wochenbeiträge geleistet haben, von den Beiträgen befreit sind, wurde einstimmig angenommen, ebenso der Antrag: § 7 der Verbandsbeschlüsse unter e. „Unterstützung an dauernd arbeitsunfähige“, ganz zu streichen. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Feder aufgestellt. Eine lebhafte Debatte zeitigte der Punkt: Der diesjährige Goutage nebst den dazu gehörigen Anträgen. Der Bezirk Dortmund stellte die beiden folgenden Anträge: 1. Der Bezirk Dortmund beantragt, den Goutage alljährlich an einem Sonntag im April stattfinden zu lassen. Die Zahl der Delegierten soll in der Weise herabgesetzt werden, daß auf 50 Mitglieder 1 Delegierter, überschüssige 25 Mitglieder senden einen zweiten Delegierten. Im Falle der Ablehnung des ersten Teiles obigen Antrages wird auch bei weiterer, dreijähriger Tagung die Delegiertenzahl, wie oben vorgeschlagen, beschränkt. 2. Der Bezirk Dortmund beantragt, den Goutage nicht immer an Vororte abhalten zu wollen, sondern denselben wechselweise in den Vororten der Bezirke tagen zu lassen. Beide Anträge wurden angenommen. Unter Verschiedenes wurden von mehreren Kollegen die geschäftlichen Manipulationen der Firma Krüger (Dortmunder Zeitung) gerügt. Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen: Die heutige Bezirksversammlung beauftragt

den Vorstand des Ortsvereins Dortmund, die Klärung der Arbeiterchaft über die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Dortmundener Zeitung wieder aufzunehmen. Die Bezirkskasse übernimmt die Kosten, welche das Vorgehen event. verursacht. Auch soll vom Bezirke gegen die Ausnahme des „Kollegen“ Helfer, welcher verschiedentlich hier im Bezirke seine allzugroße Arbeitswilligkeit bewiesen hat, protestiert werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. In dem Versammlungsberichte über die letzte Gaubersammlung in Nr. 37 ist die Wiedergabe des von mir gestellten Antrages auf Gründung einer Witwen- und Waisenkasse von Verbands wegen sowohl als auch die Begründung derselben eine mangelhafte, weshalb ich mich veranlaßt sehe, hier einiges ergänzend hinzuzufügen. Betreffend den Antrag ist derselbe nicht in so launischer Kürze gestellt worden, als wie er in dem betreffenden Berichte wiedergegeben wurde, sondern es ist in dem Antrage genau gesagt, was verlangt wird. Mein Antrag lautete ungefähr folgendermaßen: Die Generalversammlung beschließt im Prinzip die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse und beauftragt den Verbandsvorstand (event. eine einzusetzende Kommission) mit der Vornahme der hierzu notwendigen Vorarbeiten, derselbe hätte dann innerhalb Jahresfrist öffentlich Bericht zu erstatten und dann der nächsten Ordentlichen event. Außerordentlichen Generalversammlung positive Vorschläge zu machen. Gleichzeitig sind die entsprechenden Schritte zu unternehmen, um die bestehenden Witwen- und Waisenkassen zu zentralisieren. Damit ist allerdings etwas mehr gesagt und die verschiedenen Mitgliedschaften des Verbandes können sich nun wohl viel klarer darüber werden, was wir in Dresden wollen. Ich habe den Antrag deshalb so formuliert, weil es leicht vorauszufragen ist, daß die Generalversammlung in München auch nach der besten Begründung des Antrages nicht sofort nach Annahme desselben an die Stabilierung der Kasse schreiten kann, sondern immerhin seine genaue Sichtung des Materiales resp. der einschlägigen Verhältnisse vornehmen muß. Andererseits soll damit aber auch erreicht werden, daß daran gegangen wird, daß in dieser heute mehr denn je brennenden Frage endlich einmal positive Arbeit geschaffen werde. Auf eine nähere Begründung hier weiter einzugehen, hiesse wohl unnötigerweise bereits Gesagtes wiederholen. Aber auf einen nicht unbedeutenden Umstand möchte ich kurz noch aufmerksam machen. Es ist dies die Zentralisierung resp. Uebernahme der bestehenden obligatorischen und fakultativen Witwen- und Waisenkassen vom Verbands. Gewiß wird in dieser Beziehung nicht alles glatt vor sich gehen; doch wenn man bedenkt, daß die jetzt bestehenden Kassen mehr oder weniger zu kämpfen haben, um sich aufrecht zu erhalten, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sie mit Freuden die Gelegenheit wahrnehmen werden, um ihre Grundlage zu festigen und dieses dürfte wohl in der Beschäftigung zu einer Kasse erledigt werden. Dadurch würde eine Basis geschaffen, auf welcher weiter gebaut werden könnte; die bezugsberechtigten Mitglieder würden ihre Ansprüche gesichert finden und es wäre dem leibigen Umfange abgeholfen, daß verschiedene vom Schicksale in der Welt herumgejagte Mitglieder nicht umsonst in eine Kasse steuern und sich Ansprüche erwerben, deren sie durch einen vielleicht im Verbandsinteresse erfolgten Konditionswechsel wieder verlustig gehen können, weil anderwärts eine solche Kasse nicht existiert. Kommt diese Zentralisierung zu stande, so könnte man gewiß auch denjenigen Kollegen, die heute in Gauen konditionieren, wo keine Witwen- und Waisenkasse besteht, ihre früher zu dieser Kasse in anderen Gauen geleisteten Beiträge mit zur Kassenzeit in Anrechnung bringen und dadurch gewissermaßen ein Teil des jetzt herrschenden Unrechts in dieser Beziehung wieder gut machen. Dies alles sowie die nähere Fixierung der Beiträge und Leistungen auf rednerischen Grundlagen wäre Aufgabe der Kommission näher zu untersuchen und zu einem realisierbaren Projekte zusammenzufassen. Ich bin auch fest davon überzeugt, daß die Kollegenchaft eine Beitragserhöhung mit in den Kauf nimmt, die ja in Anbetracht der zu erwartenden Vergünstigungen für den Einzelnen sowie der Vorteile für die Gesamtheit nicht in Betracht kommen kann, zudem wir ja auch gewohnt sind, unsere Kollegen wohl bei allen Steuererhöhungen schimpfen zu hören, aber trotzdem ihre Beiträge zahlen. Es wäre also nur zu wünschen, daß der Verbandsvorstand auf Grund des ihm vorliegenden Ziffermaterials sich mit der Materie dieser Frage vertraut macht und auf der Generalversammlung zur Klärung und Realisierung dieser Angelegenheit mit beiträgt. Bezüglich der Begründung meines Antrages hat es in dem angezogenen Berichte den Anschein, als hätte ich dieselbe lediglich durch Verlesung eines Artikels des Münzener Kollegen Garasin im Corr. bewerkstelligt. Dem ist nicht so, sondern ich habe lediglich auf einige Ausführungen in dem Artikel hingewiesen. Man möge mir diese kleinliche Berichtigung verzeihen, aber es berührt peinlich, wenn man sich mißverstanden fühlt und das möchte ich vermeiden. A. F. Schneider.

Geestmünde-Bremerhaven-Vech. Aus dem Berichte des Vorstandes, erstattet in der am 22. März abgehaltenen Generalversammlung, dürfte auch für weitere Kreise einiges von Interesse sein. Im Laufe des vorigen Jahres hielt der hiesige Ortsverein 11 Monats- und 1 Generalversammlung ab, die von durchschnittlich 33 Mitgliedern, bei einem Mitgliederstande von etwa 54, besucht waren; außerdem fanden noch 3 Allgemeine Versammlungen statt. Zu den drei am Orte befindlichen

Gesamtschiffen (zwei Typographen und eine Linotype) sind noch drei Monoline hinzugekommen. Glücklicherweise haben wir durch die Einführung der Maschinen den Abgang nur eines Mitgliedes zu beklagen. Die Reihen der Gutenberg-Bündler und N.-B. sind hierdurch und besonders durch das Eingehen der Norbsee-Zeitung stark gelichtet worden. Die erst sieben Mann starke Gewerkschaft ist bis auf zwei „Prinzipienfeste“ Säulen zusammengedrumpft. Der „Führer“ derselben ist vor kurzem aus dem Gewerkschaftskartell, in welchem der hiesige Ortsverein durch zwei Delegierte vertreten ist, wegen Vertrauensbruchs ausgeschlossen worden. — Daß die Tarif-einführung in den Unterwerferten überhaupt irgendwelchen Schwierigkeiten begegnen würde, hätte niemand gedacht. In Anbetracht der hier herrschenden außerordentlichen Löhnerverhältnisse erwartete die hiesige Gehilfenschaft bei Festsetzung der Lokalforschläge zum mindesten eine Gleichstellung mit Bremen. Von den beantragten 20 Proz. wurden vom Kreis-Amt des Tarifkreises I, wofür Kollege Gentschel-Bremerhaven die hiesige Mitgliedschaft vertrat, 5 Proz. abgezogen. Die Kollegen mußten sich, wenn auch schweren Herzens, mit den 15 Proz. (früher 10 Proz.) zufrieden geben, als jedoch am 1. Januar die Druckerkommissionen bei ihren Prinzipalen zweifels Anerkennung des Tarifes vorstellig wurden, stieß man in der Nordwestdeutschen Zeitung-Bremerhaven und bei Kemmler & v. Wangerow-Gesetzmünde auf Widerstand. Die Inhaber resp. Bevollmächtigten jener Druckereien erklärten, sich dem bekannten Proteste der Prinzipale des Tarifkreises I angeschlossen zu haben und sonach erst nach dem Entschiede des Tarif-Ausschusses event. unter Nachzahlung des Differential-Betrages den Tarif anerkennen würden. In den Druckereien H. Haberkamp & Co.-Bremerhaven (Nordb. Volksstimme), Niebling & Co.-Gesetzmünde, L. v. Wangerow, Krause & Nandermand und Goldwey-Bremerhaven wurde der Tarif sofort anerkannt und teilweise über denselben entlohnt, so daß bereits die Hälfte der hier beschäftigten Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Gehilfenseitig zweifelte man nicht daran, daß der Protest der Prinzipale jeder Berechtigung entbehre und war von dem Erfolge eines entschlossenen direkten Vorgehens fest überzeugt. Vom Tarif-Amt wurde jedoch abgesehen und Del auf die hochgehenden Wogen geträufelt. Es traf hier ein Schreiben aus Berlin ein, das direkt entmutigend wirkte. Der Wortlaut ist folgender: „Nach den vorliegenden Berichten von Prinzipalsseite scheint für Gesetzmünde-Bremerhaven eine Einigung unter Aufrechterhaltung des fünfprozentigen Zuschlages nicht möglich zu sein; im Gegenteile hat die Firma Kemmler & v. Wangerow mittlerweile ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft angezeigt. Wir bebauern sehr diesen Ausgang und hätten von vornherein sehr gern gesehen, wenn gehilfenseitig von einer Erhöhung des Lokalforschlages Abstand genommen worden wäre, weil wir von vornherein die Durchführungsunmöglichkeit deraußerartiger Beschlüsse einsahen. Das Tarif-Amt kann sich mit der Lokalforschlagsfrage insofern nicht befassen, als es an denselben nichts ändern darf, und auf der andern Seite besteht für die Gehilfen die Unmöglichkeit, durch Gewaltmittel die Innehaltung dieses Beschlusses zu erzwingen. Es ist aber möglich, daß in den nächsten Wochen eine allgemeine Regelung der bestehenden Proteste erfolgen kann, wir wollen aber selbstverständlich keinem Orte die Möglichkeit benehmen, aus eigener Kraft das volle tarifliche Zugeständnis zu erringen; aber wir vermögen andererseits bei 12 1/2 Proz. Erhöhung dazu auch nicht aufzumuntern. Die Befürchtung, daß der Kreis I wegen einer Verstärkung in der Lokalforschlagsfrage ein zweites Rheinlands-Beschalen werden könnte, teilen wir nicht; wohl aber könnte der Kreis an Tarifstreue verlieren, wenn es nicht gelingt, entweder eine Verständigung herbeizuführen oder aber die Beschlüsse des Kreis-Amtes in ihrem vollen Umfang durchzuführen; wir bezweifeln trotz gegenteiliger Versicherung das letztere und das möchten wir auf jeden Fall verpöhlen sehen, da gerade ein mißglückter Versuch ermutigend auf eine Trennung von der Tariffache wirken würde. Kommt es zu irgendwelchen einigenden Schritten, erhalten selbstverständlich die davon betroffenen Gehilfen ebenfalls Nachricht.“ — Mit schwacher Hoffnung wurde der 2. Februar erwartet. Kollege Gentschel vertrat auch in Berlin wieder die Interessen der hiesigen Gehilfenschaft. Als schlagendsten Beweis für die hiesigen Löhnerverhältnisse konnte er anführen, daß der hier geltende ortsbübliche Tagelohn von 3,60 Mk. überhaupt höher als der aller Großstädte sei, dennoch konnte er leider nicht verhindern, daß uns abermals 2 1/2 Proz. vom Lokalforschlag gestrichen wurden. Der anwesende Prinzipalvertreter, Geschäftsführer Wiegand-Bremerhaven, mußte zwar die Nichtigkeit der Gentschelschen Ausführungen unumwunden bestätigen, erklärte sich jedoch außer Stande, mehr als 2 1/2 Proz. Erhöhung des Lokalforschlages zuzugestehen, Herr Kemmler-Gesetzmünde würde auf keinen Fall mehr zahlen können. — Nach Herabsetzung des Lokalforschlages auf 12 1/2 Proz. wurde der Tarif in allen in Betracht kommenden Geschäften glatt durchgeführt; es bestand und besteht jedoch für die Gehilfen derjenigen Geschäfte, die bereits am 1. Januar 15 Proz. Zuschlag zahlen, die Gefahr, daß ihnen die 2 1/2 Proz. wieder abgezogen werden. In einer Druckerei ist bereits der Versuch gemacht worden, der allerdings bis jetzt an der Entschlossenheit der in Betracht kommenden Kollegen scheiterte. — Im Bezirke Wejer-Elbe steht es in Bezug auf die Einführung des Tarifes noch recht traurig aus. Aus den in der am 9. März zu Begefac abgehaltenen Bezirksversammlung

von den Vertretern der verschiedenen Druckorte erstatteten Berichten ging hervor, daß der Tarif dort, wo irgend zugänglich, durchgeführt, nur hier und da hapert es etwas. Der eine Prinzipal will dies und der andre das nicht. Der Tarif ist zwar schriftlich anerkannt, nur bezahlt wird er noch nicht ganz. Gewerkschaftler Rosenleher ermahnte die Kollegen, nach Möglichkeit für die strikte Durchführung der tariflichen Bestimmungen zu sorgen, doch warne er vor einem Vorgehen einzelner Orte, denn es wäre nach Lage der Dinge aussichtslos. — Die Kollegenchaft des Bezirkes ist teils durch das Anrücken des „eisernen Kollegen“ (Begefac) entmutigt und die Situation ist durch viele Nichtmitglieder (Stade) erschwert. Goffentlich wird durch ein geeintes Vorgehen bald eine Aenderung der traurigen Verhältnisse eintreten.

Halle a. S. Am 23. März fand im Englischen Hofe hierseits eine Allgemeine Versammlung statt, in welcher Kollege Massini-Berlin sich in längerer Ausführung über den Deutschen Buchdrucker-Tarif, seine Entwicklung und Erfolge verbreitete. Ausgehend von den gewerkschaftlichen Kämpfen des „tolen Jahres“ ließ Redner die an persönlichen und materiellen Opfern so überreiche Zeit der Buchdruckerbewegung bis zur heutigen Tarifgemeinschaft vor den Augen der Versammlung Revue passieren, unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1873, 1886, 1892 und 1896 als der hervorragenden Wendepunkte in dieser Bewegung und unter Hinweis auf die führende Rolle, welche der Verband von jeher in derselben eingenommen. Weitere Würdigung fanden sodann die tariflichen Institutionen: Schiedsgericht und Tarif-Amt. Sphäre stellte Redner das Zeugnis unparteiischen, erprobten Gemeinverstandes aus und bezeichnete es als eine Probe auf's Exempel, daß selbst die Periode wirtschaftlichen Niederganges, welche mit der letzten Tarifverneuerung zusammenfiel, nicht im Stande war, einen tiefen Einfluß auf die Neugestaltung der Vereinbarungen auszuüben. Nicht zu unterschätzen namentlich vom Gesichtspunkte der Koalitionsfreiheit aus sei ferner der paritätische Arbeitsnachweis, welcher als ein neuer Ausbau der Tarifgemeinschaft angegliedert worden. Genö bedeutete die Aufnahme des § 616 des B.-G.-B. (Vergütung für unfreiwillige Versäumnis) einen Fortschritt. In der vielumstrittenen Lohnstaffel, wie solche ebenfalls im Tarife festgelegt ist, konnte Redner eine Gefahr für die Gehilfenschaft nicht erblicken; wenn es auch verfrüht erscheinen müßte, schon jetzt ein abschließendes Urteil zu fällen, so deuteten doch wiederholte Neupreuerungen aus Prinzipalskreisen auf die Nichtigkeit dieser seiner Annahme hin, und auch in Kollegenkreisen breche sich jetzt immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Gehilfenvertreter f. B. nur einen Akt Muger Mäßigung begingen, als sie die Fortsetzung der Unterhandlungen nicht abhängig machten von einem Falllassen dieses Antrages der Prinzipale. Die vielfachen Differenzen bezüglich der Lokalforschläge, welche bekanntlich das Tarif-Amt erneut beschäftigten, boten dem Redner Anlaß, sich auch mit den Kreis-Ämtern und ihren Funktionen zu beschäftigen. Betreffs der Lokalforschläge selbst bemerkte er, daß die erwähnten Vorgänge der letzten Zeit sowie ferner die zu Tage getretene Neigung großstädtischer Druckfirmen, sich eines Teiles ihrer Verpflichtungen dadurch zu entziehen, daß sie die Geschäftsräume nach kleinen, leicht erreichbaren Orten verlegen, für welche gar keine oder doch nur geringe Zuschläge bestehen mit Rücksicht, auf die nicht zu unterschätzende Gefahr erhöhter Konkurrenz die Notwendigkeit nahelegen, für die Zukunft eine Revision der Lokalforschläge von Jahr zu Jahr anzustreben. Kollege Massini kam sodann auf das untarifliche Gebahren des Gutenberg-Bundes (uns Hallensern erst neuesten Datums in seiner ganzen Verwerflichkeit ad oculos in der Hall. Zeitung demonstriert!) zu sprechen und wies hin auf das Interesse einer gemeinsamen energischen Bekämpfung dieses Elementes, das leider auch heute noch seine Hauptaufgabe darin erblickt, zum Schaden der Gesamtheit der Schmutzkonturrenz und Tarifnotanz zum Siege zu verhelfen. Besondere Pflicht aber tarifstreuen Gehilfen sei es deshalb, dafür zu sorgen, daß diesen Schädigern im Gewerbe alle tariflichen Institutionen für die Zukunft verschlossen bleiben. — Im Anschlusse an diesen beifällig aufgenommenen Vortrag gab sodann Kollege Hallupp in großen Zügen eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der tariflichen Verhältnisse in Halle. — Die dann folgende Diskussion bot den Kollegen Lösche und Chemnitz sowie später auch dem Referenten Gelegenheit, die von seiten des Gewerkschafters Pfeifer gegen die Tarifgemeinschaft geltend gemachten Bedenken, welche an und für sich neue Gesichtspunkte nicht entwickelten und auf das alte Thema der Ausschüsse hinausliefen, auf ihre Unhaltbarkeit hin zu zerlegen. Das Verhalten der Bündler in der Hall. Ztg. aber wurde sowohl von Pfeifer als auch von dem Kommissionsmitgliede Spröde (H.-D.) verurteilt und nahm besonders letzterer Veranlassung, das ganze Gebahren dieser „Auch“-Kollegen etwas tiefer zu fassen und die Versammlung von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, welche der Gewerkschaft (H.-D.) gegen vier in der Hall. Ztg. beschäftigte Bündler in Anwendung gebracht, die dann betreffendem Gewerksvereine noch „nebenbei“ der „Ehre“ ihrer Mitgliedschaft würdigten. — Zur einstimmigen Annahme gelangte sodann nachstehende Resolution: Die heute tagende Öffentliche Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Massini einverstanden. Sie stellt namentlich in einer stärkeren Benutzung der Schiedsgerichte und überhaupt in einer straffen Handhabung der tariflichen Institutionen den seiten Halt der

Tarifgemeinschaft. Hierzu ist aber vor allem nötig, daß die Prinzipale und Faktoren möglichst nur durch den am Orte bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis die Vermittlung der Arbeitskräfte bewerkstelligen und weiter, daß die Gehilfen den Arbeitsnachweis nicht durch das überhandnehmende Anfragen in den Druckereien illusorisch machen. Die Versammlung beauftragt ferner die örtliche Tarifkommission, als Schluß ihrer Tätigkeit: 1. eine Petition an die berufenen Behörden wegen der Vergebung von Druckarbeiten an nur tarifstreue Firmen abzugeben; 2. den Inhabern größerer Geschäftshäuser und vor allem den Konsumvereinen von Halle und Umgegend das Ersuchen zugehen zu lassen, ihre Arbeiten nur tarifstreuen Druckereien zu übermitteln, um so nicht nur bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern auch der gerade am Orte sich breit machenden Schmutzkonturrenz energisch entgegenzutreten.

Heilbronn. (Maschinenmeister-Verein.) Unfrühe letzte Monatsversammlung, die ausnahmsweise auf Sonntag früh verlegt wurde, hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Zunächst erstattete der Kassierer den Kasienbericht, welcher von den Revisoren als richtig anerkannt wurde und unseren Verhältnissen entsprechend ein zufriedenstellender war. Laut Beschluß können wir an Reibende kein Statutum verabsorgen. Herr C. Lorch, Celluloidfabrik-Fabrikant in Leipzig, sandte uns auf Wunsch ein druckfertiges Celluloidbildchen, ein unmontiertes Bildchen mit Matrize, und so gab der Vorliegende an der Hand der Materialien die Herstellungsart der Celluloidbildchen bekannt. Die Probeillustration von Originalautotypen und dann dieselben Bilder von Celluloidbildchen abgedruckt, die uns gleichzeitig zur Ansicht vorlagen, waren gut ausgefallen und kein Unterschied wahrzunehmen. Da die anwesenden Kollegen meist von den guten Eigenschaften der Celluloidplatten überzeugt waren, nahm man keinen Anstand, dieselben auch bei den Celluloidbildchen anzuerkennen. Betont wurde hierbei noch, daß den Celluloidbildchen die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden sei wie einer Originalautotypie bezw. deren Auschnitt. Da auch die Artikel des Segeterkollegen Weichmidt-Nürnberg angelegt wurden, so kam die Versammlung schließlich überein, den Ausführungen desselben keine Beachtung zu schenken, da es sich hier nur um ausgesprochene Feindseligkeiten handeln könne und daher wenige Kollegen zu finden sein werden, die die Ansicht des Artikelschreibers vertreten. Wenn Kollege Weichmidt der Ansicht ist, den Maschinenmeistern wäre eine Extrawurst geraten dadurch, daß ein reisender Maschinenmeister event. eine Unterfertigung bekommt von einem solchen technischen Vereine, dem er angehört, so ist er im Irrtum, wenn er von Bevorzugung spricht gegenüber einem Segeter, da die Vereine ja private Natur sind. Kollegen Weichmidt wurde empfohlen, seine freie Zeit dazu zu verwenden, allerorts dahin zu wirken, wo noch keine solchen Vereinigungen bestehen, Segeter wie Drucker von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen. Ist der Verband doch indirekt verpflichtet, diese Vereine kräftigt zu unterstützen, indem den jungen Gehilfen zur besten technischen Ausbildung, Fortbildung und Förderung des graphischen Gewerbes verpöhlen wird, andererseits die technischen Bestrebungen in den Vereinen agitatorischen Wert für den Verband besitzen. Nachdem noch verschiedene Anfragen ihre Erledigung gefunden, fand die gut verlaufene Versammlung ihren Schluß.

Kiel. Die hiesige Mitgliedschaft beschloß in ihrer am 19. März abgehaltenen Versammlung folgende Anträge zum Goutage zu stellen: 1. Der Goutage möge an die Generalversammlung den Antrag richten „auf Abänderung eines früheren Beschlusses betreffend Entsendung von Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen“. 2. Der Goutage hat vor jeder Generalversammlung die Mitgliedschaften entscheiden zu lassen, ob ein Goutage vor oder nach der Generalversammlung stattfinden soll. 3. Falls die Generalversammlung des Verbandes die Auflösung des Preiszwanges beschließen sollte, beantragt die Mitgliedschaft Kiel die Aufhebung des Absatzes c des Goutage-Unterstützungsbegleitens. 4. Die Aufhebung der Gehilfenseitigkeit mit Hamburg-Altona und die Unterstützungsgegenstände der Wejerzahl der Goutage anzupassen und mit diesen Gegenseitigkeit abguschließen.

th Köln. Zu der am 8. März abgehaltenen außerordentlichen Versammlung lagen vom Kollegen Th. Boffen folgende beiden Anträge zum diesjährigen Goutage vor: Mitglieder, welche ihr fünfjähriges Berufsjubiläum gefeiert haben und dem Verbands sowie dem Gau 25 Jahre, wenn auch unterbrochen, angehören, sind von den Kasienbeiträgen befreit. — Der Antrag wurde von der Versammlung abgelehnt; der zweite Antrag dagegen: Der Goutage wolle, falls obiger Antrag abgelehnt werde, ihm (Boffen) nur die Hälfte der früheren, über achtjährigen Verbandsmitgliedschaft zu den letzten 21 ununterbrochenen Jahren auch als ununterbrochen hinzurechnen, da dann die im § 6 bestimmten ununterbrochenen 25 Jahre vollständig sind, um ihn, gleich den vorherigen Berufsjubilaren, bei nur sechsjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft, von den Kasienbeiträgen zu befreien, angenommen. Ein weiterer Antrag des Kollegen Linden: Der Goutage findet nur nach der Generalversammlung statt. Die Vorbesprechung zum Goutage hat wegzufallen, da erfahrungsgemäß dieselbe nicht zur Abklärung der offiziellen Verhandlung gedient hat und wir eine schöne Summe für die Goutage sparen können, wurde ebenfalls angenommen.

Konstanz. Der Ortsverein hielt am 22. März im „Nöten Knopf“ eine Versammlung ab, die trotz der

Wichtigkeit der zu behandelnden Gegenstände von kaum einem Drittel der hiesigen Kollegen besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des kürzlich verstorbenen Kollegen Baur, dessen Andenken zu ehren sich die Versammelten von den Sigen erhob. Nach Verlesen des Protokolls schritt man zur Besprechung von unantastlichen Verhältnissen in einigen hiesigen Druckereien. Es wurde beschlossen, gegenüber der einen Druckerei sofort energisch vorzugehen und wurde zu diesem Zwecke eine aus 3 Kollegen bestehende Kommission gewählt, die bei der betr. Geschäftsleitung vorstellig zu werden und dieser fürs erste den nötigen Vorschlag über die Bestimmungen des Tarifes zu geben hat. Nach diesem erstattete der Kassierer Bericht über die Kassenerhältnisse des vierten Quartals 1901, den zu geben ihm in letzter Bezirksversammlung Verhältnisse halber nicht möglich gewesen war. Von den Revisoren wurde die gute Führung der Bücher hervorgehoben und dem Kassierer hierauf Danksage erteilt. Unter Verschiedenes wurden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt und u. a. beschlossen, dem Gewerkschaftskartell zur Deckung der Kosten anlässlich der Gewerbegerichtswahl einen einmaligen Zuschuss aus der Ortskasse zu bewilligen. Ferner wurde, da die Zeit schon zu weit vorgeschritten war, um alles erledigen zu können, gewünscht, bis zur Regelung sämtlicher schwebenden Fragen betr. Durchführung der Tarifbestimmungen in besagten Fällen Versammlungen in rascher Aufeinanderfolge als bisher abzuhalten. Hierzu werden die Kollegen an dieser Stelle aufgefordert, vollständig und insbesondere auch pünktlich zu erscheinen.

r. Mainz. Am 8. März fand im Brauhaus zum Gutenberg eine Bezirksversammlung statt, die sich wohl in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung eines bessern Besuchs hätte erfreuen dürfen. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden gedachte derselbe zunächst des Ablebens unjers allberühmten Kollegen Alois Kiefer in München sowie des in Mannheim verstorbenen Kollegen Ludwig Scheffler, welcher letzterer früher dem hiesigen Bezirksvorstande angehörte. Zu Ehren der Verstorbenen erhob sich die Versammlung von ihren Sigen. Weiter wurde noch Mitteilung gemacht, daß, nachdem nun das örtliche Tarif-Schiedsgericht sich konstituiert, auch der paritätische Arbeitsnachweis errichtet und Kollege Reeh mit dem Verwaltungsposten betraut sei. Die in letzter Versammlung zurückgestellten Anträge zur Generalversammlung wurden nun heute verhandelt und zwar betraf dies diejenigen zu e. (Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige). Nach eingehender Begründung der Antragsteller sowie einer ausgedehnten Debatte wurden nachstehende Anträge angenommen: zu § 1, Abs. 3, III, 1, Zeile 1 statt 1 Mk. zu § 1, Abs. 3, III, 2, vorletztes Utimum, Zeile 2 statt 800 Wochenbeiträge 600 Wochenbeiträge und Zeile 3 statt 1,25 Mk. zu § 1, Abs. 3, III, 1, Zeile 1, 1,50 Mk. Eine hierauf sich entzündende Diskussion über die Invalidentafel i. A. Qu. brachte nicht viel neues zu Tage, was jedoch von der Besprechung zwecks Errichtung einer Verbandsdruckerei sowie Verlegung des Corr. von Leipzig nach Berlin nicht gesagt werden kann. Von den meisten Rednern wurde es als eine Notwendigkeit erachtet, daß man eine eigne Druckerei gründen solle und nicht erst abwarten, bis andere Gewerkschaften den Buchdruckern zuvor kämen. Was die Sitzverlegung des Corr. nach Berlin anbetreffe, so sei dieser Vorschlag zu begrüßen, indem es doch bedeutend besser, wenn Zentralvorstand und Redaktion an einem und demselben Orte mit einander arbeiteten. Verschiedene Redner hofften auch durch diese Verlegung, daß ein besserer Ton in dem Corr. Platz greifen werde. Das „System Reehhäuser“, wie es in der Redaktion vorherzusehen, müsse unbedingt gebrochen werden. Man solle deshalb unsere Delegierten beauftragen, daß sie dafür sorgen, daß in München mit R. einmal gründlich abgerechnet und daß ihm klar gemacht werde, von seinem Tone Abstand zu nehmen, denn dieser sei unfer nicht würdig gewesen, besonders bei der letzten Tarifbewegung. Man solle R. zeigen, daß er mit der Arbeiterschaft gehen müsse und nicht gegen sie. Wenn Reehhäuser in München nicht von seinem Posten entbunden würde, dann müsse ihm aber unbedingt eine bestimmte Marschroute gegeben werden. Nach diesen Ausführungen traten mehrere Redner auf, welche die Schreibweise Reehhäuser in jeder Weise verteidigten, indem sie bemerkten, daß R. uns doch vor 3 oder 4 Jahren stets recht gewesen sei, heute aber verdamme man denselben. Derselbe habe stets seine ganze Kraft für uns eingesetzt. R. werde stets herausgefordert, folglich sei es auch sein gutes Recht, sich thätig zu wehren. Man könne es nur mit Lob konstatieren, daß er stets zur Zufriedenheit unser Vereinsmitglied so gut gefügt habe. Sämtliche Redner erklärten sich mit R.s Haltung voll und ganz einverstanden. Hiermit verließ die Versammlung diesen Punkt unter Uebergang zur Tagesordnung, worauf nach Erledigung einiger Interna Schluß der Versammlung.

W. P. Mittelrhein. (Maschinenmeister.) Am 23. März fand im Gewerkschaftshause zu Worms eine vom Kollegen Bente-Mainz einberufene Konferenz der Maschinenmeisterklubs statt. Vertreten waren die Klubs von Darmstadt, Mannheim, Ludwigschafen, Heidelberg, Neustadt a. S. und Mainz, auch hatten sich einige Kollegen von Worms eingefunden, um den Verhandlungen beizuwohnen. Kollege Bente-Mainz eröffnete die Versammlung und hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Bevor man nun in die eigentliche Tagesordnung eintrat, freiste Kollege Bente die letzten Äußerungen von verschiedenen Seiten gegen die Klubs, besonders den traurig-berühmten

Kritik des Kollegen Weismid-Nürnberg und erklärte, solchen Anzuspinnungen gegenüber müßten wir Drucker uns noch enger zusammenziehen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde zur Wahl eines Delegierten aus Druckerkreisen zur Generalversammlung in München Kollege Bente vorgeschlagen. Derselbe lehnte aber ganz entschieden ab und schlägt Kollegen Fischer-Darmstadt vor. Da weitere Vorschläge nicht gemacht wurden, waren sämtliche Anwesende für die Kandidatur Fischers. Kollege Fischer nahm die Wahl an und erklärte, daß er, wenn dieselbe durchgehe, seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen würde. Unter Geschäftliches verlas Kollege Bente ein Rundschreiben der Zentralkommission in Berlin, eine Anfrage betr., was die Kollegen unter „schwierigem Druck“ verständen. Dies erregte eine sehr lebhafteste Debatte, an der sich sämtliche Anwesende beteiligten. Zum Schluß kam man überein, die Zentralkommission zu bitten, erst mal ihre Meinung über diesen Punkt kundzugeben. Des weitern stellte Kollege Laßinger-Mannheim die Anfrage, wie es sich mit dem bewilligten Gauzuschusse von 50 Mk. verhalte. Dagegen sprachen die Kollegen Ernst-Darmstadt und Rausch-Heidelberg, daß da wir nicht mehr vereinigt im Gau Mittelrhein sind, auch keinen Anspruch auf diesen Zuschuß erheben könnten. Kollege Rausch-Heidelberg führte Klage gegen die Zentralkommission in Berlin, indem er ausführte, daß deren Leistungen gegenüber den Provinzkollegen sehr minimal seien. Er ersuchte darauf hinzuwirken, daß der Zentralist von Berlin nach Stuttgart verlegt werde. Kollege Laßinger-Mannheim glaubte, daß Kollege Bajer-Stuttgart den Vorsitz bei einem eventuellen Anberichten gern übernimmt. Unter Verschiedenes nahm Kollege Rausch-Heidelberg das Wort, um nochmals den Artikel des Kollegen Weismid-Nürnberg zu streifen. Er kam auch auf die Entgegnungen im Corr. zurück und bedauerte besonders den Artikel des Kollegen Wisl. Germer. Kollege Bente nahm Germer in Schutz und glaubte, daß derselbe sich nur unklar ausgedrückt habe. Nach lebhafter Debatte, an welcher sich fast sämtliche Anwesenden beteiligten, fand eine vom Kollegen Rausch-Heidelberg eingelaufene Resolution einstimmige Annahme. Dieselbe lautet: Die heute in Worms vereinigten Vertreter der Maschinenmeistervereine Mainz, Darmstadt, Mannheim-Ludwigschafen, Heidelberg und Neustadt erklären sich mit dem Inhalte des Artikels Weismid-Nürnberg absolut nicht einverstanden. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Maschinenmeistervereine in ihrer jetzigen Gestalt nur dazu angethan sind, die Interessen des Verbandes zu wahren, als auch die technischen Kenntnisse des einzelnen Druckers zu erweitern. Gleichzeitig spricht die Konferenz dem Kollegen Weismid ihr Bedauern aus über seinen wenig zeitgemäßen Artikel. — Kollege Würth-Neustadt hat die Vertreter größerer Klubs, die kleineren mit allen Vorträgen und sonstigen technischen Vorträgen, welche ihre Klubs schon benutzt, zu unterstützen. Nachdem noch einiges Interne erledigt, schloß Kollege Bente mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung. — Der Nachmittag wurde der Fidelitas gewidmet und geführt einer Abteilung des Gesangsvereins Typographia Worms für präzis ausgeführte Gesänge der beste Dank.

München. Zu der am 22. März abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung im Haderbräu wurden in den Verband aufgenommen die Kollegen Joseph Lips, August Hillerbrand, Anton Krüll, sämtlich Sezer, der Schneiderbezugs Fritz Münch und die Maschinenmeister Michael Knabl und Franz Paul Erlacher. Ausgeschlossen wegen Resten wurde der Sezer Josef Weiß. Der stellvertretende Vorsitzende Döhling machte darauf aufmerksam, daß der von der hiesigen Mitgliedschaft gestellte Antrag zur Generalversammlung des Verbandes betr. Gegenseitigkeit mit außerberuflichen Verbänden unter Umständen hinfällig wird, wenn die vom Hauptverwalter Beyer eingeleiteten Unterhandlungen mit dem österreichischen Verbande ein befriedigendes Resultat ergeben. Von einer unter Vereinsmitteilungen verlesenen Zuschrift, in welcher an die organisierten Arbeiter Münchens das Ersuchen gerichtet wird, die ausgeperrten Gehilfen des Schneidergewerbes nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern auch bei Einkauf nur diejenigen Firmen zu berücksichtigen, in welcher von Seiten der Arbeiter sowohl wie auch der Prinzipale der Tarif unterzeichnet ist, wurde Kenntnis genommen und beschließt die Versammlung, den Ausgesperrten 100 Mk. als Unterstützung aus der Kasse zu bewilligen. Einem Antrage, den ausgesperrten Verbandskollegen, deren Zahl nun auch in München beträchtlich zunimmt, eine Unterstützung anzugeben zu lassen, konnte, so notwendig und wünschenswert dies auch erschiene, nicht entsprochen werden, weil die laufenden Beiträge nicht zur Bestreitung der ordentlichen Unterstützung ausreichen, viel weniger an eine außerordentliche gedacht werden kann. Hierzu wurde die Wahl des ersten Vorsitzenden vorgenommen, welche sich diesesmal ziemlich rasch vollzog. Derselbe konnte per Affirmation erfolgen, da sämtliche vorgeschlagenen Kollegen, mit Ausnahme von Kollege Seig, auf eine Kandidatur verzichteten und sich sämtliche Stimmen auf letztern vereinigten. Kollege Seig erklärte sich nunmehr bereit, die Wahl anzunehmen und befindet sich somit an der Spitze des hiesigen Ortsbezirks als Nachfolger Alois Rievers ein Mann reich an Erfahrung im gewerkschaftlichen Leben, der das volle Vertrauen der ganzen Mitgliedschaft genießt. Als Delegierte zum diesjährigen in München stattfindenden Goutage wurden die nachfolgenden 27 Kollegen gewählt: Seig, Schramm, Döhling, Friedrichs, Ernst, Schlegl, Koch, Th. Schäffler,

Siegl, Wagner, A. Zimmermann, Rummel, Miller, Eberle, Köbel, Engberger, Feilmann, Widenmann, Mayer, Thalmaier, A. Huber, Simon, Schunig, Buchner, Leich, Beyer, Dreiholz. Bei dem nun folgenden Punkte der Tagesordnung, Stellungnahme zu den Goutageanträgen, zeigten die von mehreren Orten gestellten Anträge auf Bewährung eines Gauzuschusses eine längere Debatte und war man allgemein der Ansicht, daß zu einer Zeit der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit an die Neueinführung eines Arbeitslosenzuschusses von Seiten des Gaus nicht gedacht werden kann. Die ebenfalls von mehreren Mitgliedschaften in verschiedenen Fassungen gestellten Anträge auf Verringerung der Delegiertenzahl findet Kollege Seig nicht vorteilhaft, weil bei einer eventuellen Annahme den kleineren Orten die Möglichkeit einer Vertretung beim Goutage genommen würde. Kollege Seig schlägt deshalb vor, daß Mitgliedschaften von mehr als 300 Mitgliedern Delegierte mit doppelter Stimme entsenden sollen. Diese Anregung fand beifällige Aufnahme, weil sie nicht nur die gewünschte Verringerung herbeiführt, sondern auch Orten mit geringer Mitgliederzahl wie bisher die Entsendung eines Delegierten ermöglicht. Die Aufstellung eines Delegierten zu dem in Stuttgart stattfindenden Gewerkschaftskongresse beschließt die Versammlung dem Goutage zu überlassen. Einige unter Vereinsangelegenheiten behandelte interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

A. Münster i. W. Glücklicherweise gelang es den Bemühungen unjers Kreis-Amts-Gehilfenvertreters, am 23. März ein Lokal zu einer Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung zu bekommen, wo ihm Gelegenheit geboten war, über die Kreis-Amts-Sitzung in Düsseldorf vom 20. Januar Bericht zu erstatten. In gewohnter ausführlicher Weise erledigte sich Kollege Meister dieser Aufgabe gegenüber den etwa 85 erschienenen Buchdruckergehilfen. Auf ein näheres Eingehen über die Verhandlungen in Düsseldorf verzichtete der Berichtstatter, da doch wiederholt im Corr. diese Kreis-Amts-Sitzung behandelt wurde. In der anschließenden Diskussion drückten die Anwesenden ihr Bedauern aus über die von den Prinzipalen bis ins kleinste beliebte Kompensierung der nicht gefälligen Feiertage. Allgemein wurde die ablehnende Haltung einiger hiesiger Prinzipale verurteilt, welche nur wegen des für Münster festgesetzten Sozialzuschlages von 5 Proz. die Tarifanerkennung verweigern. Gleichzeitig wurde aber anerkannt, daß es nicht in der Macht der hiesigen Gehilfen liegt, in kurzer Zeit eine Wandlung zum Bessern vorzunehmen, ist doch die Gehilfenerschaft so zerplittert, daß den 45 Verbandsmitgliedern über 90 Nichtmitgliedern gegenüberübersehen. Hoffen wir jedoch, daß die noch fernstehenden Gehilfen endlich zur Einsicht gelangen und sich zum Anschlusse an den die Gehilfenerschaft allein vertretenden Verband bewegen lassen. Es ist ohne allen Zweifel, daß bei den hiesigen dem Tarife noch fernstehenden Prinzipalen nur dann etwas zu erreichen ist, wenn die Gehilfenerschaft als eine geschlossene Organisation ihren berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck verschaffen könnte. Es ist daher zu bebauern, wenn die Ende vorigen Jahres sich unter den Gehilfen der Druckerei Hüffer bemerkbar machende Geneigtheit zum Uebertritte in den Verband beswigen, wie es scheint, im Sande verlaufen sollte, weil der Prinzipal (Herausgeber der Volkszeitung) vom Koalitionsrechte der Arbeiter nichts wissen will. Von vier Druckereien mit 60 Gehilfen ist der Tarif schriftlich anerkannt und wird auch die größere Zahl bereits über Minimum entlohnt. Außerdem erklärte ein Kollege der Druckerei Regensberg, daß auch in diesem Geschäft in den letzten Tagen der Tarif vom Prinzipale freiwillig eingeführt worden sei. Einstimmig wurde von der Versammlung folgende, dem hiesigen Prinzipalvertreter zuzuschickende Resolution angenommen: Die heutige Allgemeine Buchdrucker-Versammlung spricht dem Gehilfenvertreter ihren Dank aus für die sachliche und eingehende Berichterstattung über die zweite Kreis-Amts-Sitzung in Düsseldorf, bebauert aber, daß die Prinzipalität sich so kleinlich gegenüber den minimalen Forderungen der Gehilfen verhält. Auch findet die Versammlung es unverständlich, daß einzelne Prinzipale das ablehnende Verhalten gegenüber dem 5 Proz. Sozialzuschlag damit motivieren, daß in Münster keine Feuerungsverhältnisse existieren, da doch für Beamte die erste Servisklasse festgelegt ist. Die verarmte Gehilfenerschaft stellt sich voll und ganz auf den Boden des deutschen Tarifes und wird zu einer Beseitigung des Sozialzuschlages von 5 Proz. niemals ihre Zustimmung geben. Die Gehilfen erwarten von dem sozialen Verständnis der Prinzipale, daß dieselben das sozialpolitisch hochwichtige Werk der Tarifgemeinschaft unterstützen werden. — Zu der Anfrage, ob der Arbeitsnachweis des Gutenberg-Bundes bei Errichtung des paritätischen Nachweises aufgehoben würde, erklärte ein Mitglied des Bundes, daß ihre nächsten stattfindende Generalversammlung darüber beschließen, aber die Ansicht vorhanden wäre, daß der Bundesnachweis bestehen bleibe, da ja die Prinzipale auch ihren Arbeitsnachweis nicht eingehen lassen wollen. Zum Schluß wurden noch nachstehende Kollegen zur Wahl für das hier zu errichtende Tarifschiedsgericht in Vorschlag gebracht: Meister, Altmann, Wepel, Kästner, Steinbach, Beseffer, Köpfer und Girard.

o Vom Rheine. Der demnächstigen Generalversammlung möchte ich folgende Zeilen zur Ermüdung und Beschlußfassung anheben: § 1 der Unterstützungsbedingungen an dauernd Arbeitsunfähige lautet: Das Recht auf Unterstützung wird erworben: 1. nach fünf Jahren, wenn der Beitritt zum Verbands innerhalb eines Jahres

nach Beendigung der Lehrzeit erfolgt und mindestens 200 Wochenbeiträge entrichtet sind; 2. nach Ablauf von zehn Jahren, wenn 400 Wochenbeiträge entrichtet sind und 3. nach 15 Jahren, wenn der Beitritt nach fünf Jahren erfolgt und 600 Wochenbeiträge entrichtet sind. Wegen Passus 1 und 2 ist wohl nichts einzuwenden, dagegen fällt der Passus 3 um so schwerer ins Gewicht. Schreiber dieses ist im Jahre 1867 in den Verband eingetreten und war Mitglied bis zu Anfang 1887, wo er, durch verschiedene Verhältnisse gezwungen, nicht in die damalige Tarifbewegung eintreten konnte und infolgedessen im April 1887 ausgeschlossen wurde und bis zum Jahre 1896 trotz aller Aufmunterungen, in den Gutenburg-Bund einzutreten, sich neutral verhielt. Als sich nun die Verhältnisse besserten, trat er Mitte 1896 sofort wieder in den Verband ein. Durch dieses fast zehnjährige Fernbleiben ist er unter den Absatz 3 der Unterstützungsbedingungen gefallen, welcher 15 Jahre vorschreibt, um im Falle dauernder Arbeitsunfähigkeit unterstützungsberechtigt zu werden. Rechnet man nun die Zeit von 1867 bis April 1887 mit 20 Jahren und die unter Absatz 3 bestimmten 15 Jahre zusammen, dann ergeben sich 35 Jahre oder mehr als 1700 Wochenbeiträge, um alsdann Anspruch auf Unterstützung erheben zu können. Solche und ähnliche Fälle werden sich wohl manche finden und es dürfte wohl an der Zeit sein, solche Härten aus dem Verbandsstatut herauszuschaffen und den durch irgendwelche familiären oder sonstigen Verhältnisse ausgetretenen oder ausgeschlossenen und wieder in den Verband zurückgekehrten Kollegen durch Einführung einer zweckmäßigeren Scala oder Anrechnung der früher geleisteten Beiträge der Unterstützung teilhaftig werden zu lassen. Eine derartige Einführung würde wohl mit dazu beitragen, den Verband immer mehr zu festigen und mancher noch Fernstehende würde sich entschließen, der großen Buchdruckerfamilie wieder anzugehören. Es werden sich wohl wenige Kollegen finden, welche nur die Sehnsucht nach Wohl, Unterstützung zu beziehen; aber es gewährt doch eine gewisse Berufsbildung für jedes Mitglied, im Falle dauernder Arbeitsunfähigkeit unterstützungsberechtigt zu sein. Man wird vielleicht einwenden, man hätte ja dem Verbandsstatut treu bleiben können; aber dies ist leichter gesagt als getan; denn im menschlichen Leben gibt es gar sehr verschiedene Verhältnisse, zumal bei Verheirateten, welche nicht geeignet sind, sie an die große Glocke zu hängen.

s. Stuttgart. (Zentral-Invalidentasse i. Siqu.) Im Hlensburger Vereinsberichte in Nr. 36 des Corr. wird u. a. die beantragte Verlegung des Sitzes der Zentral-Invalidentasse i. Siqu. von Stuttgart nach Berlin damit motiviert, „daß dadurch der Kasse jährlich 20 000 Mark an Steuern erhalten blieben, die man bisher an dem württembergischen Staat habe bezahlen müssen“. Daraus schlußfolgert der Herr Artikelschreiber dann weiter, „daß seit der Liquidation der Kasse schon 18000 Mark auf diese Weise verloren gegangen seien und diese Summe sich bis zur Erledigung der Liquidation wahrscheinlich noch verdoppeln würde“. Um nun den Lesern des Corr. über diese „in Wausch und Wogen“ angegebenen Zahlen den richtigen Aufschluß zu geben, folgen nachstehend die in den letzten acht Jahren bezahlten Steuerquoten, wie sie in den Redenschaftsberichten veröffentlicht worden sind. Es wurden an Kapitalsteuern seit Liquidation der Kasse bezahlt:

1893	2195	Mk.
1894	2093	"
1895	1914	"
1896	1798	"
1897	1624	"
1898	1498	"
1899	1421	"
1900	1367	"

Dies macht in acht Jahren zusammen 13903 Mk. und keine 18000 Mk. Die Kapitalsteuer hat sich somit pro Jahr um über 100 Mk. durchschnittlich verringert und würde sich auch weiter verringern, wenn die Verlegung der Kasse nicht beliebt werden sollte. Im nächsten Berichte ist die Steuer nur noch mit 1218 Mk. aufgeführt.

H. S. Schwerin i. M. (Maschinenmeisterklub.) Am 5. März hielt der hiesige Maschinenmeisterklub seine Monatsitzung ab, welche in der Hauptsache den Druck von Autohyphen erörterte. Man sollte nun glauben, daß wir uns speziell mit dem neueren Zurihtverfahren, z. B. mit dem Dethleffschen oder dem von Dr. Albert (Kleff-Aldsches) beschäftigten, dieses war aber nicht der Fall, wir hielten uns an die erprobte und bewährte Manier des Handauschnittes. Zur Verlesung kam ein Artikel des Fachlehrers A. W. Unger an der k. k. Graphischen Versuchsanstalt in Wien, betitelt „Das Autohyphenverfahren und seine Entwicklung“. Diesen Aufsatz, den wir dem Jubiläumshefte der Typographischen Jahrbücher entnommen hatten, kann man mit Zug und Recht einen der ausgezeichnetsten auf diesem Gebiete nennen. Die Mitglieder schenken demselben viel Interesse und knüpfte sich hieran eine recht rege und eingehende Diskussion. Einige Redner streiften hierbei auch die neuen Zurihtverfahren; da selbige seit einigen Tagen in einer hiesigen Druckerei erprobt werden, hielt man mit einem entgültigen Urteile noch zurück, da wir erst das Resultat der Versuche abwarten wollen. Im allgemeinen war die Meinung vorherrschend, daß es wohl noch Jahre währen werde, ehe die mechanische Zurihtung den Handauschnitt verdrängt habe. Im Anschlusse der Diskussion wurde beschlossen, Anfangs Herbst einen Lehrkursus im Bilder-

ausschnitt einzurichten. Dem Hamburger und dem Berliner Maschinenmeister-Vereine sei für ihr freundliches Entgegenkommen an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen. — Die Kollegen der umliegenden Druckerei im Gau Mecklenburg-Lübeck fordern wir nochmals auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen, um vorerst 'mal eine engere Fühlung unter den Maschinenmeistern herbeizuführen, auch wäre es uns sehr erwünscht, die Meinung der auswärtigen Druckerkollegen über eine Zusammenkunft im Sommer kennen zu lernen. Wir schließen unsern Bericht in der Hoffnung, hiernit das Interesse der Maschinenmeister im Gau Mecklenburg-Lübeck für unsere gemeinsamen Zwecke angeregt zu haben. Adressenverzeichnis siehe unter Verbandsnachrichten.

Rundschau.

In dem Berichte aus Stuttgart in Nr. 38 des Corr. über eine Versammlung der Mitglieder der Zentral-Invalidentasse i. Siqu. ist ein Passus enthalten, der wegen seines Hinweises auf einen Beschluß der Generalversammlung in Mainz nicht unwidersprochen bleiben kann. Es heißt daselbst, daß der Verbandsvorstand sich nicht an den Beschluß „Die Zentral-Invalidentasse i. Siqu. habe ein Drittel der Kosten für die Generalversammlung zu tragen“, gehalten, sondern nur ein Viertel erhoben habe. Das ist ein Irrtum, wie aus dem Redenschaftsberichte der Verbandskasse und der Zentral-Invalidentasse i. Siqu. für das Jahr 1899 zu ersehen ist.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Mois Kiefer. Zur Erinnerung an unsern verbliebenen Vorkämpfer hat Kollege Ewald Egger in München, am Feuerbald 5, I, ein Bild des Verstorbenen bei der rühmlichst bekannten Firma F. Geisen-Kerfing in Groß-Bichterfelde herstellen lassen, welches gegen Einzahlung von 40 Pf. von dem genannten Kollegen zu beziehen ist. Das Bild zeigt die lebenswahren Züge Kiefers und können wir den Kollegen das in künstlerischer Weise gefertigte Bild auch wärmstens empfehlen.

Aus Deutsch-Ostafrika. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 59 des Corr. von 1901 einen Artikel des Kollegen J. G., zur Zeit in Berlin, welcher die dortigen Druckerei- und Arbeitsverhältnisse einer scharfen Kritik unterzog. Dieser Artikel fand den Widerspruch des Kollegen J. R., zur Zeit in Mex., welcher die in Nr. 59 gemachten Ausführungen des Kollegen J. G. energisch bestritt. Nunmehr sendet uns der letztere eine Erwiderung auf den Artikel des Kollegen J. R., so daß bei einer Aufnahme dieses Artikels das stiebische Spiel fortgesetzt Erwiderungen so halb nicht beendet sein würde. Daran hat aber keiner unserer Leser ein Interesse. Wir pflichten dem Kollegen J. G. gern bei, daß es mit diesen afrkanischen und sonstigen exotischen Konditionen so eine eigentümliche Bewandnis hat und in diesem Sinne hat er auch — trotz der Erwiderung J. R.s — Recht behalten, die persönlichen Hätteleien wollen wir aber nicht erst aus Deutsch-Ostafrika in den Corr. importieren, fernermalen im alten Deutschland auf diesem Gebiete den weitgehendsten Ansprüchen Rechnung getragen ist. Wir schließen hiermit die Akten über diesen „Fall“, der unsere ohnehin geringen Sympathien für Deutsch-Ostafrika nicht übermäßig gesteigert hat.

Vom Internationalen Buchdrucker-Sekretariate wird mitgeteilt, daß die Bewegung in Belgrad für beendet erklärt wurde, da nur noch drei Druckereien mit Bewilligung der Forderungen im Rückstande und 30 Kollegen arbeitslos sind. Die Belgrader Kollegen haben vom Sekretariate 10300 Fr. Unterstützung bezogen, demselben aber einen Bericht über den Verlauf der Bewegung bis jetzt vorenthalten. In Basel wurde ein Tarifvertrag auf fünf Jahre abgeschlossen. Die Tausendpreise wurden um 4 Cts. bei Petit, um 2 Cts. bei den übrigen Schriftgattungen erhöht, das Berechnen im gewissen Gelde verboten und mancherlei Nebenbestimmungen zu gunsten der Gehilfen getroffen. Auch in Chur kam ein neuer Tarif zu stande. Die Tausendpreise wurden durchgängig um mindestens 5 Cts., das gewisse Geld um 1 Fr. erhöht. Der Tarif gilt ebenfalls 5 Jahre.

Die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin, welche die Nordd. Allg. Zeitung verlegt und den Reichsanzeiger druckt, zahlt für das vergangene Jahr 1/4 Prozent Dividende. Aktienkapital 1600000 Mk., Hypothekentkonto 350000 Mk., Reservefonds 93266,51 Mk.

Die Solinger Genossenschaftsdruckerei, die zur Herstellung der Bergischen Arbeiterstimme gegründet wurde, erzielte nach reichlichen Abschreibungen einen Jahresgewinn von 2851 Mk., der von der Generalversammlung der Genossenschaft überwiesen wurde.

Presse. In Zwidau ereignete sich der eigenartige Fall, daß der Geschäftsführer einer Druckerei als Drucker eines Flugblattes verurteilt wurde, obwohl der Verleger desselben den Inhalt vor Gericht vertrat. Dem letztern wurden nur 40 Mk. Geldstrafe zuerkannt, während der Geschäftsführer 50 Mk. zu zahlen hat. Mit diesem Urteile dürften sich wohl noch weitere Instanzen zu beschäftigen haben. — Ein Kreisphyfikus in Anhalt richtete s. B. an den Dezerenten für Medizinalangelegenheiten daselbst ein Schreiben, in welchem der Leiter eines

Krankenhauses schwer befaßt wurde. Das Anhalter Volksblatt machte hiervon Mitteilung und fragte an, was aus der Geschichte geworden sei. Das nahm sich nun der Leiter des Krankenhauses zu Herzen und klagte — nicht gegen den Kreisphyfikus, der inzwischen zum höchsten Medizinalbeamten der Regierung avanciert war, sondern gegen den Redakteur, der in der That von der Strafammer in Verbnurg zu 400 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, da sich die in dem gedachten Schreiben aufgeführten Thatfachen als haltlos erwiesen. Dafür kann aber doch der Redakteur nicht?

Am 30. März wurde in Berlin das Grabdenkmal Wilhelm Liebknechts auf dem Zentral-Friedhofe Berlin-Friedrichsfelde der Öffentlichkeit übergeben. Daselbe ist vom Bildhauer Max in Dresden hergestellt, einem speziellen Freunde Liebknechts. Ueber der steinernen Grabumfassung erhebt sich ein Sockel, der die Erzbißte Liebknechts trägt. Diese hebt sich scharf ab von einer dunkeln Wand aus geschliffenem schwedischen Granit. In die Vorderseite der Wand ist ein Erzrelief eingelassen — Athene, die einem Eisenarbeiter den Kranz reicht: Die Wissenschaft und die Arbeiter.

Der Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt seinen zweiten Verbandstag in Berlin ab. Mitgliederzahl 2100. Die Einnahmen betragen im Berichtsjahre (1900/01) 13910,02 Mk., die Ausgaben 11273,81 Mk., das Vermögen 9660,35 Mk. Unter den Ausgaben befinden sich 3001,96 Mk. für Verwaltung, 2663,50 Mk. für Arbeitslose, 1136,74 Mk. für Streik- und Maßregelungs-Unterstützung. Beschlossen wurde, den Titel in Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands umzuändern. Die Maßregelungs-Unterstützung soll zwei Drittel des Lohnes betragen. Die Karenzzeit wurde auf 52 Wochen festgesetzt, der Beitrag von 15 auf 20 Pf. erhöht, wovon 20 Proz. den Zahlstellen verbleiben. Als Arbeitslosen-Unterstützung werden pro Tag 70, nach 104wöchiger Mitgliedschaft 85 Pf. gezahlt und zwar auf die Dauer von 60 Tagen. Die beantragte Sipverlegung nach Hamburg wurde abgelehnt und die bisherige Vorsitzende Frau Paula Thiede wiedergewählt. Der Verbandstag soll alle drei Jahre stattfinden.

Der Verband der Maschinisten und Heizer hielt seine sechste Generalversammlung in Magdeburg ab. Eine eingehende Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, an der sich aber nur 30 Proz. der Mitglieder beteilig haben, ergibt Löhne von 15 bis höchstens 60 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeit von 10 bis 16 Stunden. Der zweijährige Rassenbericht ergibt als Einnahme 47530,17, als Ausgabe 43195,26, Rassenbestand 14390,50 Mark. Für Streiks wurden 3345,75 Mk. ausgegeben. Der Verband hat an 62 Diten 6000 Mitglieder. Aus den Verhandlungen ist nur zu erwähnen, daß der Titel des Verbandes fortan Zentralverband der Maschinisten usw. lauten und die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt werden soll.

In Rassel tagte zu Ostern der Textilarbeiterverband, welcher am Ende des vorigen Jahres in 253 Orten 29740 Mitglieder zählte, darunter 4288 weibliche. In den letzten zwei Jahren betrug der Mitgliederzuwachs 12420, was der Erhöhung der Beiträge und der ungünstigen Geschäftslage zur Last gelegt wird. Die Hauptkasse hatte in der gleichen Zeit 322725,20 Mk. Einnahme und 235648,25 Mk. Ausgabe. Rassenbestand 87076,95 Mark. Lohnbewegungen waren in der Berichtszeit 41 mit 8070 beteiligten Personen zu verzeichnen; Gesamtkosten derselben 192894 Mk., wovon 135496 Mk. auf die Organisation entfielen. Von den Streiks waren 12 erfolgreich, 12 nur teilweise von Erfolg, 17 erfolglos. Die Reis-Unterstützung wurde auf 2 Pf. pro Kilometer, die Gemäßregelungs-Unterstützung auf 9 Mk. pro Woche außer dem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk.) festgesetzt. Streiks sollen in der Regel nur dann unterstützt werden, wenn 50 Proz. der in Betracht kommenden Arbeiter organisiert sind. Der Krankengeldzuschuß soll je nach der Dauer der Mitgliedschaft 2 bis 3,50 Mk. betragen. Umzugskosten im Betrage von 10 bis 20 Mk. werden nur an Gemäßregelte gewährt. Die Möglichkeit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung soll vom Vorstande erörtert, ferner eine Statistik über die Verhältnisse der Mitglieder aufgenommen werden. Als Vorsitzender wird der bisherige, Hüßlich in Berlin, wiedergewählt.

Der Schutzverband für Handel und Gewerbe — Kleinfrauer — glaubte ein Mittel gefunden zu haben, den Konsumvereinen in Leipzig das Lebenslicht auszublasen. Er denunzierte dieselben bei der kgl. Kreishauptmannschaft und hätte damit fast Glück gehabt. Die Behörde besand, daß das Auslegen der Petition gegen den Zolltarif zur Unterschrift und der Verkauf von Eintrittskarten zu einem Arbeiterjüngertage in den Verkaufsstellen und in der Unterstützung von Vereinen mit „ausgesprochen sozialdemokratischer Tendenz“ gegen das Genossenschaftsgesetz verstoße. Es wurde von weiteren Schritten vorerst Abstand genommen, dieselben im Wiederholungsfall aber angebroht. Bei dem großen Interessententrefe, den gerade die Leipziger Konsumvereine umfassen, dürfte eine Auflösung eine „Bemühung“ hervorgerufen, die das Schlagwort „Unfruz“ mehr als bei jeder andern Gelegenheit rechtfertigen würde. Die Denunzianten würden gut tun, nicht mit dem Feuer zu spielen, das selbe könnte ihnen leicht über den Kopf wachsen. Im übrigen ist das erdgenannte „Vergehen“ recht wohl Sache des Konsumvereins und kommt außerdem, ebenso wie das zweite, lediglich

auf das Konto der Lagerhalter, und was das dritte betrifft, so sind nicht sozialdemokratische Vereine, sondern ausschließlich solche Unternehmen unterstützt worden, welche allen Bevölkerungsklassen zugänglich und auch von jedermann benutzt resp. unterstützt werden.

Der Landeskongress der sächsischen Sozialdemokratie in Weissen wählte im Auftrage des Ministeriums des Innern ein höherer Ministerialbeamter bei, um sich über die Verhandlungen zu informieren. Mag der Zweck dieser Information sein welcher er wolle, es ist jedenfalls ganz gut, wenn die Regierung sich nicht auf die polizeiliche und sonstige Berichterstattung verläßt, sondern sich ihre Informationen auf direktem Wege einholt.

In Magdeburg wurde der Maurer Bilz aus Fernerleben zu fünf Monaten Gefängnis und zwei Jahren Schwerlufst verurteilt. Er verbrauchte 63,45 Mk., die er für den Maurerverband kassiert hatte, für sich. Seit Sündenregister ist ein ziemlich langes, er ist schon mehrmals vorbestraft, diesmal mit zwei Jahren Gefängnis. Beim Streik der Bauarbeiter 1898 denunzierte er auch zwei seiner Kollegen, welche infolgedessen zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt wurden.

In Garbiss wurde ein Gewerksverein, welcher einen Arbeiter boykottiert hatte, der während eines Streiks, dem Gebote des Vereins entgegen, in Arbeit getreten war, zu 2000 Mk. Schadenersatz verurteilt. Das in gewerkschaftlicher Beziehung bisher als „Musterland“ betrachtete England macht recht erbauende Rückschlüsse. Ähnliche Verhältnisse sind die dortigen Gewerksvereine kräftig genug, derartigen Anspaltungen aus dem Wege zu gehen resp. sie für die Zukunft unmöglich zu machen.

Die Zeitschrift Der Arbeitsmarkt schildert die infolge der allgemeinen Krisen eingetretene Lage der Bergarbeiter in nicht eben erfreulicher Weise. Die Löhne sind gegen 1900 in allen Kreisen zurückgegangen, so im Oberbergamtsbezirke Dortmund um über 100 Mk. Im laufenden Jahre hat nicht nur die Einlegung der Feierschichten stark zugenommen, hinzu kam auch die Entlassung von Arbeitern in ziemlich beträchtlicher Zahl. In Rheinland-Westfalen sollen allein am 15. März 5-6000 Kündigungen erfolgt sein. Nach einer andern Quelle, welche eine genaue Zählung für sich in Anspruch nimmt, sind seit Februar 8000 Bergleute außer Beschäftigung und der Lohn der übrigen wird noch immer herabgesetzt, abgesehen von den Feierschichten. Die bisherige Förderreinschränkung von 20 Proz. ist für das zweite Quartal auf 24 Proz. erhöht worden. In Schlesien und Sachsen sind ähnliche Verhältnisse zu konstatieren, ebenso in Mitteldeutschland. Nur in Bayern sollen Entlassungen bisher nicht stattgefunden haben.

Im Konkursverfahren der Dietrichschen Spar- und Leihkasse in Arnaberg in Verbindung mit dem der Wittinbaberin Frau verw. Brodengayer sind 422 069,83 Mark als Forderungen angemeldet, während nur 21 343,50 Mk. zur Verfügung stehen. Die jedenfalls zum Teile müssig erparten Groschen vieler kleinen Leute sind daher so gut wie verloren. Dafür lebte der inzwischen verstorbene Inhaber der Sparkasse, Brodengayer, eine Zeit lang auf großem Fuße.

Ausstände. In Grimmitzschau wurden 100 Spinner der Firma H. Schönfeld ausgesetzt, weil sie eine Erhöhung der 8,75 bzw. 9,25 Mk. betragenden Löhne um 50 Pf. verlangten. Eine Deputation war vorher zur Thür hinaus- und ein später eingereichtes Schriftstück zerissen und in den Hof hinunter geworfen worden. In Dresden streifen die Stuccateure, da es nicht gelang, den Annuungsstarif für die Gefäßen annehmbar zu gestalten. In Elberfeld sperre die Firma Schaffner & Sohn sämtliche Weber (44) aus. Die Arbeiter verlangten die Zurücknahme der früher eingeführten Lohnkürzung, da der Grund derselben weggefallen. Die Antwort bestand darin, daß die Firma die Unterzeichnung eines Schriftstückes verlangte, in welchem die Arbeiter sich verpflichteten, „nicht mehr mit solchen Forderungen zu kommen“. Darauf gingen die Arbeiter natürlich nicht ein. In Greiz geben die Textilfabrikanten durch Maßregelungen und Lohnabzüge den Arbeitern Gelegenheit, Betrachtungen über das f. B. gegebene Ehrenwort und die schriftliche Verpflichtung, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen, anzustellen. — Die Zwistigkeiten in der Diamanten-Industrie in Amsterdam sind durch neuerliche Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern beigelegt. Die Aussetzung wurde aufgehoben und die Arbeit wieder aufgenommen. In Fiume haben sich auch die Geizer der ungarischen Schiffsahrts Gesellschaft dem Streik ihrer Kollegen von der ungarisch-kroatischen Gesellschaft angeschlossen. Die Hafenbauarbeiter sehen die Arbeit fort, da ihnen eine Lohnerhöhung bewilligt wurde.

Eine Uebersicht über die Zuchthausgefangenen in Preußen im Jahre 1 00/1901, welche der Vorwärts in einem längeren Artikel behandelt, ergibt die Zahl von 22 500, seit 1869 zwar die niedrigste, immerhin ist sie noch groß genug, um daraus schließen zu können, daß noch vieles faul im Staate ist. Der Zuwachs betrug im Berichtsjahre 5 500, darunter 4 743 männliche Personen, von denen der zehnte Teil Neulinge in der Verbredereiwelt waren. Seit 1894 waren von 31 000 Gefangenen ein Drittel mehr als einmal, 2 bis 3 Proz. sogar mehr als dreifach vorbestraft. Die vielfach empfohlene Verschärfung der Strafen dürfte hierdurch ihren Zweck vollständig verfehlen. Bemerkenswert ist ferner, daß von den 5 500 im Berichtsjahre eingelieferten Personen 3 0 gar keine und 2 500 nur eine ganz mangelhafte Schulbildung

genossen hatten. Die Einschränkung der Volksschule, wie sie von den Agrariern empfohlen wird, um die Kinder und die besser unterrichteten Erwachsenen (der „dümmste Arbeiter“ soll ja „der beste“ sein) nach Belieben ausbeuten zu können, führt die Leute direkt ins Gefängnis oder Zuchthaus. Es geht daraus hervor, daß die Bekämpfung des Verbredens in ganz anderer Weise zu erfolgen hat als bisher. Vor allem muß mit der Hebung der Volksschule eingesetzt und in sozialpolitischer Beziehung nicht halbe, sondern ganze Arbeit verrichtet werden.

Der Berliner Magistrat beschloß, dem dortigen Vereine zur Verbesserung der kleinen Wohnungen 500 000 Mk. gegen 3 1/2 Proz. Zinsen zu überlassen unter Bedingungen, welche den Zweck des Darlehens, die Beschaffung kleiner und verhältnismäßig billiger Wohnungen, sichern.

Die französische Kammer votierte noch vor Tages-schluß für alle Arbeiter und Angestellten, privaten und öffentlichen (mit Ausnahme der Landarbeiter), einen wöchentlichen Ruhetag. So selbstverständlich die Einführung eines solchen sein sollte, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß der Senat seine Zustimmung versagt.

Eingänge.

Unter den zahlreichen Wörterbüchern, die infolge der „Orthographiekongressen“ erschienen sind, von denen wir das von Matthis schon in voriger Nummer besprochen, nimmt das folgende: Die neue deutsche Rechtschreibung in ihrem Verhältnisse zu den bisher gültigen Vorschriften, von dem Rektor des kgl. Gymnasiums in Ludwigswigburg R. Erbe (Union, Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Berlin und Leipzig, Preis 50 Pf.) einen mehr kritischen Standpunkt ein. Der Verfasser bespricht zunächst die vorgenommenen Veränderungen, hebt den erzielten Fortschritt hervor, aber auch seine Bedenken gegen einige neuere Bestimmungen, gibt dann eine übersichtliche Darstellung der ungefalteten Regeln und zum Schluß ein kurzes Wörterbuch (Ein ausführliches Wörterbuch des Verfassers befindet sich bereits im Druck.) Diese Schrift ist allen denjenigen zu empfehlen, die sich rasch und mühelos mit der einheitlichen deutschen Rechtschreibung bekannt machen wollen.

Gestorben.

In Berlin am 1. März der Seher Hans Balbe, 47 Jahre alt — Lungenleiden; am 14. März der Seher Franz Vahr, 42 Jahre alt — Herzschlag; am 22. März der Seher Julius Baumert, 52 Jahre alt — infolge einer Operation.

In Brieg am 28. März der Seher Richard Sachs aus Brieg, 21 Jahre alt — Lungenleiden.

In Halle a. S. am 31. März der Drucker Wilhelm Prelle, 22 Jahre alt.

In München am 26. März der Metzger Hans Eggenberger, 42 Jahre alt.

In Altenburg am 31. März der Seher Max Behrendt aus Danzig, 20 Jahre alt — Schwindsucht.

In Stuttgart am 27. März der Invalide Karl Fretsch, 71. Jahre alt.

Briefkasten.

D. K. in Berlin: Eins nach dem andern. Wir haben einen Berg von Artikeln auf Lager. Also abwarten. — H. H. in Freiburg i. Br.: Kann ohne Genehmigung des Ortsvorstandes nicht aufgenommen werden. — E. L. in Kaiserlautern: Aus taktischen Gründen abgelehnt. Im übrigen besten Dank. — J. M. in Stuttgart: 3,25 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Da an einzelnen Orten oder in einzelnen Druckereien infolge der Einführung des neuen Tarifes Differenzen entstanden, machen wir darauf aufmerksam, daß bei Konditionsannahme in allen Fällen vorher Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzuziehen sind.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung.

Da Ende April der Rechenschaftsbericht pro 1901 versandt werden soll, ersuchen wir die Herren Gaukassierer uns baldmöglichst die Anzahl der für den Gau nötigen Exemplare mitteilen zu wollen. Eventuell sind wir auch bereit, an die Bezirke oder größeren Mitgliedschaften die erforderlichen Exemplare direkt zu senden, wenn uns Adressat und Anzahl rechtzeitig angegeben werden.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Zentral-Invalidentasse des Verbandes der D. Buchdr. in Biqu.

Bekanntmachung.

Nach § 16 des Statuts und in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der letzten (Mainzer) Generalversammlung wird die vierte Ordentliche Generalversammlung der Kasse auf

Montag den 23. Juni 1902,

morgens 9 Uhr beginnend, nach München, und zwar im Saale des Hotel Treffler, Sonnenstraße, einberufen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung bzw. Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1899, 1900 und 1901;
2. Neuwahl der Liquidations-Kommission und Festsetzung der Remuneration für dieselbe;
3. Sonstiges.

Zum 2. Punkte der Tagesordnung sind folgende Anträge eingelaufen:

„Berlegung des Sitzes der Zentral-Invalidentasse in Biqu. von Stuttgart nach Berlin.“ Gau Berlin. Desgleichen. Mitgliedschaften Frankfurt a. M., Flensburg, Kiel, Eßlingen, Leipzig.

„Die Invalidentasse in Biqu. ist in den Verband überzuführen.“

Zu Punkt 3: „Die Versammlung wolle in Erwägung ziehen, die Unterstützungsätze für Invaliden nach den in den Verbandsbeschlüssen bei § 1 festgesetzten Wochenbeiträgen zu regeln und somit eine höhere Bezugsklasse von 1,25 Mk. zu schaffen.“ Mitgliedschaft Bromberg.

Die Wahlen der Abgeordneten für die Generalversammlung sind gemäß § 17 Abs. 3 des Statuts so vorzunehmen, daß auf je 300 Mitglieder der ehemaligen Zentral-Invalidentasse (die nach dem 2. Juli 1893 erst dem Verbands beigetretenen haben kein Stimmrecht) ein Abgeordneter zu wählen ist. Weniger als 150 überschüssige Mitglieder eines Wahlbezirks werden hinsichtlich der Wahl eines weiteren Abgeordneten nicht gezählt.

Auf der Mainzer Generalversammlung (1899) waren die einzelnen Wahlbezirke durch folgende Delegierte vertreten:

Berlin	7	Ostland-Thüringen . . .	2
Dresden usw.	3	Nordpreußen	1
Erzgebirge-Bogland . . .	1	Posen	1
Frankfurt-Hessen	1	Rheinland-Westfalen . . .	2
Hamburg-Altona	2	Saalkau	1
Hannover	3	Schlesien	2
Meklenburg-Vibek	1	Schleswig-Holstein	1
Mittelrhein	2	Westpreußen	1
Nordwest	1	Württemberg	3
Oberhein	1	Leipzig und Vororte	4
Odergau	1	Zusammen 41	

In den größeren Wahlbezirken müssen wir auch diesmal die Festsetzung der Delegiertenzahl den Herren Revollmächtigten überlassen, da möglicherweise seit 1899 eine Reduzierung derselben eingetreten sein kann. Diejenigen Wahlbezirke jedoch, welche bisher nur einen Abgeordneten wählten, entsenden auch nach München einen solchen.

Die Wahlen sind in der Woche vom 11. bis 17. Mai vorzunehmen und ist das Resultat durch den Corr. bekannt zu machen.

Stuttgart, Anfang April 1902.

Die Liquidationskommission.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Mittwoch den 9. April, abends 9 Uhr: Vereinsversammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Die Bibliothek ist von heute Sonnabend den 5. April wieder geöffnet.

Bezirk Krefeld. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet am 4. Mai in Krefeld statt. Anträge zu derselben sind bis zum 20. April an den Vorsitzenden Gustav Murmann in Krefeld, Blumenstraße 94, einzufenden. Alles nähere durch Zirkular.

Breslau. Der in Nr. 38 des Corr. gesuchte Seher Paul Friebe aus Breslau ist nicht identisch mit dem derzeitigen Vorsitzenden der hiesigen Typographischen Gesellschaft gleichen Namens.

Magdeburg. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Firmen Kienhoffer (Sachsenshausen) und Bernhard Richter tarifliche Differenzen bestehen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

- In Cham der Seher Alois Wetzels, geb. in Burglauer 1852, ausgel. in Mümmersdorf 1901; war noch nicht Mitglied. — In Deggendorf der Seher Jakob Adler, geb. in Deggendorf 1885, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Krumbach der Seher Gottlob Gutbrod, geb. in Rüdentalmsfurt 1883, ausgel. in Schwabmünchen 1901; war noch nicht Mitglied. — In München der Seher Georg Wiedhopf, geb. in Upperrha 1883, ausgel. in München 1902; war noch nicht Mitglied. — In Roth a. S. der Seher Georg Volkert, geb. in Roth a. S. 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Ludwig Voelisch in München, Auenstraße 22, I.

In Bitterfeld der Seher Gustav Schulze, geb. in Bitterfeld 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Albert Müller in Dessau, Dabeinstr. 7.

In Darmstadt die Seher I. Ludwig Appel, geb. in Höchst i. D. 1873, ausgel. das. 1892; war noch nicht Mitglied; 2. Hermann Koff, geb. in Darmstadt 18-0, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — P. Hildebeutel, Arheilgerstraße 58.

In Dortmund der Seher Louis Bigozzi, geb. in Sittenrode 1883, ausgel. in Bad Grund 1901; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Beder, Weifenhellerweg 120.

In Frankenthal (Pfalz) der Seher Ernst Schedensack, geb. in Nordhausen a. S. 1875, ausgel. das. 1895. Emil Gerisch, Adlerstraße 10.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Friedr. Köhner, geb. in Homburg v. d. S. 1884, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied; 2. August Leistner, geb. in Nied b. Höchst a. M. 1859, ausgel. in Frankfurt a. M. 1877; 3. der Drucker Franz Anton Blum, geb. in Frankfurt a. M. 1859, ausgel. das. 1877; 4. der Galvanoplastiker Nikolaus Kunzler, geb. in Sierstadt a. L. 1872, ausgel. in Frankfurt a. M. 1889; waren schon Mitglieder. — R. Kumbler, Schulstraße 48.

In Mainz 1. der Drucker Josef Alfuldich, geb.

in Brückenau 1873, ausgel. in Jahr 1892; war schon Mitglied; 2. der Seher Herm. Mühlberg, geb. in Schönebeck a. d. Elbe 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — In Bingen der Seher Jakob Krauß, geb. in Bingen 1881, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Hch. Zeeß II, Leibnizstraße 15.

In Neubabelsberg bei Potsdam der Seher Herm. Wehße, geb. in Stargard (Pommern) 1877, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — Otto Sendte, Brandenburg a. S., Kleine Gartenstraße 1.

In Stettin 1. der Drucker Paul Forbriger, geb. in Friesen (Vogtl.) 1883, ausgel. das. 1901; die Seher 2. Wenzel Kapst, geb. in Landert (Schlef.) 1884, ausgel. in Sienzig 1901; 3. Wilhelm Schade, geb. in Wampen b. Greifswald, ausgel. in Loitz 1902. — Wlth. Wila, Birkenallee 40, I.

In Verden der Seher Dieblich Behning, geb. in Dörverden (Kr. Verden) 1883, ausgel. in Verden 1901; war noch nicht Mitglied. — Alb. Spielemann in Geestemünde, Schönianstraße 31.

In Strahburg der Seher Jakob Reichle, geb. in Strahburg 1878, ausgel. das. 1896; war schon Mitglied. — Robert Ott, Frühlgasse 13.

In Prag der Seher Josef Rzehat, geb. in Reichenberg 1882, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — Karl Grunert, Smedagasse 599, II.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Braunschweig. Die Herren Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung werden ersucht, dem Drucker Heinrich Meber aus Gadderbaum (2514 Berlin) 5,50 Mk. abzugeben und an K. Heinemeier, Hildesheimerstraße 3, pt., portofrei einzufenden.

Gütendruckerei-Einrichtung

Schnellpresse, Ziegeldruckpresse, Schriften, auch moderne für Accidenzen, fast neu, sehr billig, zu verkaufen. Transmissions- und elektr. Leitungen vorhanden. Die Ausstattung eines Gießmotors kann die Druckerei sofort in den bisherigen hübschen Fabrikräume in Berlin in Betrieb gesetzt werden. Auf Wunsch bequeme Zahlungsbedingungen. [592] **Sch. Stein**, Berlin SO 26, Elisabethufer 5/6.

Vertreter

für den Betrieb eines neuen, leicht einführbaren Konsumartikels der Buchdruckbranche werden in allen größeren deutschen Buchdruckereien tüchtige sachkundige Vertreter, womöglich gelehrte Buchdrucker, gesucht. Eventuell würde sich die Vertretung auch für Spezialgeschäfte in Buchdruckerei-Bedarfsartikeln eignen. Werte Offerten erbeten an

Hans Herzog
588 Leipzig, Fürstenstraße 7.

Motter, korrekter Seher
der in allen Gattungen benannt sein muß und den Posten eines **Netteurs** selbständig übernehmen kann, wird für sofort in dauernde Kondition nach Thüringen gesucht. Werte Offerten unter B. B. 591 an die Geschäftsstelle d. M. erbeten.

Junger, strebsamer, im Sage u. Entwurfe moderner Arbeiten erfahrener

Accidenzseher

sucht Kondition. Werte Offerten erbeten unter H. F. 47 Hauptpostlagernd Stuttgart. [580]

Junger, tüchtiger

Maschinenmeister

sucht sofort Stellung. Werte Offerten mit Gehaltsangaben erbeten an **G. Wagner**, Bödingen bei Seilbrom, Gaagstr. (Wirtl.).

Strebsamer jüngerer Seher

tüchtig in Zeitung (Annoncen), Wert, Tabellen und leichten Accidenzen, sucht bis zum 14. April dauernde Stellung. Gute Zeugnisse stehen zu Diensten. Werte Offerten erbeten an **Otto Gadsch**, Untertürkheim bei Stuttgart, Friedrichstraße 29. [587]

Dresden Buchdruck-Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 6. April, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: Beschlußfassung über die Expedition in die Schriftgießerei von Müller & Bödemann.

NB. In dieser Versammlung müssen unbedingt die Programme von Stichtungsfeste abgerechnet werden. **Der Vorstand.** [573]

Essen. Heute, Samstag den 6. April, abends 9 Uhr, **Versammlung.**

Schriftgießerei

J. D. Trennert & Sohn

Altona-Hamburg

Kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen jeglichen Umfangs.

Exakte Lieferung. Reichhaltige Auswahl. Kostenschläge u. Proben stets gern zu Diensten.

Wilhelm Köhler, München

Spezialgeschäft für Buchdruckereien. Großes Lager in Maschinen, Holzwerk, Utensilien, Schriften, Messinglinien. Komplette Einrichtungen stets vorrätig.

Schutzanzüge, Blusen

Blusen, Binzetten, Juristenten, Juristenschürzen, Mäntelchen, Anlegemäntel usw. Größte Auswahl, bestes Fabrikat, billige Preise. Fachliteratur & Theaterstücke usw. [387]

Graph. Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., nur Goethestraße 11, nicht mehr Ludwig Wuchererstraße 28.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Sonnabend den 5. April, abends 8 Uhr, findet in **Cohns Festjalen**, Deuth-Str. 20, die diesjährige

Fachschul-Schlussfeier

verbunden mit

Herren-Kommers

statt, wozu alle Mitglieder freundlichst eingeladen sind.

Der Vorstand.

Sonntag den 6. April, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, in den **Gesamträumen von Cohns Festjalen**, Deuth-Str. 20:

Drucksachen-Ausstellung

mit Sonder-Abteilung für Kalender (über 200 musterhaft ausgeführte Druckerei-Kalender)

Ausstellung von Fachschüler-Arbeiten.

Die Besichtigung ist für jedermann frei und ladet alle Kollegen hierzu ein

[582]

Das Ausstellungs-Komitee.

Ein tüchtiger Schriftgießer

in jüngeren Jahren, der mit allen in dieser Branche vorkommenden Arbeiten völlig vertraut ist und mit der Kistemannschen Kompletmaschine Bescheid weiß, auch in der Stereotypie Erfahrung besitzt, findet sofort Stellung bei **J. F. Steffenhagen & Sohn**, Mitau, Kurland (Rußland). [585]

Freie Vereinigung der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag den 6. April, abends 6 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20:

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Bericht der Delegierten; 3. Beratung über Änderung der Vorstandsbeschlüsse; 4. Aufnahme neuer Mitglieder; 5. Verschleidenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.** [571]

Anhang zum Tarife

Lohn-Minimum-Tabellen für Hand- und Maschinenseher sowie Maschinenmeister nach Wochen, Tages- und Stundenlöhnen unter Berücksichtigung aller vorhandenen Lokalzuschläge aufgerechnet. Weiter haben alle Staffeln der Heberstundenentschädigung — wieder unter Aufhebung aller vorhandenen Lokalzuschläge — Aufnahme gefunden. Bearbeitet und herausgegeben von

Conrad Eichler, Leipzig, Salomonstrasse 8.

Neu erschienen und von den Verbandsfunktionären oder von Herausgeber direkt für 10 Pf. zu beziehen. An Porto volle nur den Bestellungen außerdem noch 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 Stück 5 Pf., 13 bis 30 Stück 10 Pf. belegen. * * * **Wichtig für alle Kollegen!**

Anfertigung eleganter Herren-Moden nach Mass

Fritz Wodrich

Berlin SW, Solmsstr. 1. Garantie für tadellosen Sitz. Solide Preise.



Allen Kollegen wird gewiß ein Bild

Alois Kiefers

willkommen sein. Dasselbe ist, ausgeführt von der bestbewährten Kunstankalt **F. Geisenker** in Groß-Lichterfelde, zu beziehen zum Preise von 40 Pf. durch **Eduard Egger**, Seherinvald, München, am Feuerbach 5, I. [589]

Ladewigs Bierstuben

Berlin S, Kommandantenstraße 65. Vorzügliches Weiß- und Bayerisch-Bier. Vereinszimmer für 40 Personen. — Franz, Bildard. — Telefon. [938] **Zahlstelle der freien Volksbühne.**

3. Auflage

von „Johannes Gutenberg“, Festspiel in 3 Abteilungen von Robert Ehrhard **fosben** erschienen. Preis 50 Pf., Porto 5 Pf. Werte Bestellungen erbittet [593]

Graph. Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S.

Technik der bunten Accidenz.

Rich. Härtel in Leipzig-N. — 3,50 Mk.

Am 31. März verschied unser Kollege, der Setzer

Max Behrendt

aus Danzig, im Alter von 20 Jahren, an der Berufskrankheit. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm. **Der Ortsverein Altenburg.** [596]

Am 30. März starb an Herzleiden unser lieber Kollege und Mitglied

August Weikardt

geb. am 15. März 1881 in Wörmitz. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren **Der Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.** [598]

Am 26. März starb unser wertiges Mitglied, der Setzer

J. Eggensberger

aus München, im Alter von 42 Jahren, an Lungenerkrankung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitgliedschaft München.** [394]

Am 27. März starb nach langem Leiden unser verehrter Kollege, der Invalid

Karl Frech

im Alter von 71 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren. **Stuttgart, den 29. März 1902.** **Die Kollegen der Union.** [590]

Richard Härtel, Leipzig-N.

Buchhandlung und Antiquariat

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Farbentische für Buchdrucker, von Wagner. Mit einem 18seitigen Farbentische und gegen 600 Farbnennungen. Geb. 5 Mk. **Geschichte der Sechsmaschine** und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Hermann. Mit vielen Illustr. 1,80 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Sechsmaschinen und deren Technik.)

Wörterbuch der Buchdrucker und Schriftgießer. Etwa 1700 Fachgewerbl. u. fachgesellschaftliche Wörter und Redensarten. Sprachlich und sachlich kurz erläutert von L. Frimlich, 1,20 Mk.